

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Das Chaos vollenden?

F. K. Die Regierung Brüning ist von dem Herrn Reichspräsidenten in Gnaden entlassen worden. Nur noch anderthalb Monate nach der Wahl Hindenburgs, die die Regierung tatkräftig betrieben und durchgesetzt hat, sind ihr zum Leben vergönnt gewesen. Als Grund der raschen Abdankung wird angegeben, es seien Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kabinett in der Siedlungsfrage aufgetreten. Das heißt, die Regierung habe die überschuldeten Güter ostelbischer Grundbesitzer zu ihrem tatsächlichen gegenwärtigen Wert für die Siedlung übernehmen wollen, während die (nur noch nominellen) Besitzer den Einheitswert verlangen, kurz wiederum ein sehr goldiges Geschäft auf Kosten der Allgemeinheit machen wollen. Es waren indessen noch ein paar andere Notverordnungen geplant. So die, welche die Unterstützung der Arbeitslosen abermals, und zwar um 23 vH kürzen sollte, und noch eine andere, die eine Beschäftigungssteuer vorsah, wodurch die Lohn- und Gehaltsempfänger — nicht auch die Unternehmer! — noch mehr belastet werden sollten. Die Pläne, die sich gegen die unteren Schichten richteten, haben, wie es scheint, bei der Entlassung keinerlei Rolle gespielt, sondern einzig und allein eine mehr oder weniger hohe Liebesgabe an den bankrotten Großgrundbesitz.

Allein, dieser Grund dürfte für die Entlassung schwerlich ausschlaggebend gewesen sein. Hätte sich nicht dieser gefunden, dann ein anderer. Die großmächtige schwerindustrielle, agrarische Oberschicht hält eben ihre Stunde für gekommen, und daher hatte die Abschiedsstunde Brünings geschlagen. Daß es wirklich an dem war, konnte man schon während der jüngsten Tagung des Reichstags fühlen. Mit dem Ausruf, er sei nur noch „hundert Meter vom Erfolg“ entfernt, wollte Brüning offenbar seine Gegner zum Stillhalten bewegen. Daß uns das ein ganz vergebliches Bemühen schien, deuteten wir hier an leitender Stelle gleich an, indem wir schrieben: „Hundert Meter im politischen Raume sind gewiß eine kurze Strecke, aber doch lang genug für kabalistische Streiche und Ministergräber“. An den Ministergräbern wurde damals schon rücksichtslos geschaukelt, und nun sind sie auch mit dem ihnen zugeachteten Inhalt versehen.

Von der Presse, die das Kabinett Brüning stützte, wird dessen Abdankung laut beklagt, wobei es an spitzigen Bemerkungen an eine bestimmte Adresse nicht fehlt. Dabei wird Brüning als großer Staatsmann gefeiert, dem das deutsche Volk unermesslich viel zu verdanken habe und der hoffentlich bald wieder in den Dienst des Vaterlandes berufen werde. Wenn das mehr sein soll als ein gewöhnlicher Nachruf, der bekanntlich nur Gutes enthalten soll, dann müßte man um Tatbeweise für die Begründetheit dieses Lobes bitten. Wir vermögen keine zu entdecken. Alles, was Dr. Brüning von der Sprengung des Kabinetts Müller bis zur letzten Notverordnung getan hat, vermögen wir auch beim besten Willen nicht als dankenswürdig oder als Beweise für staatsmännisches Format anzusehen. Das Werk eines wirklichen Staatsmannes stellen wir uns etwas anders vor. Gewiß ist zuzugeben, daß bei einer Aufgabe, die sich der letzte Reichskanzler gestellt hatte oder die ihm gestellt wurde, sich niemand als Staatsmann zeigen oder entfallen kann. Die Erhaltung einer heillos verkrachten Ordnung kann nur politische Handwerker reizen und sie als solche ausweisen, aber keinen Staatsmann.

Der Reichspräsident hat den Zentrumsmann von Papen mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Der neue Reichskanzler hat lauter Angehörige des gewöhnlichen Adels und des außergewöhnlichen Geldadels zu Ministern erkoren. Wir werden fortan also von schwerkalibrigen Vertretern der Armee, der Junkerschaft und der Großindustrie betreut werden. Es sind dies die nämlichen Kreise, die uns vor dem Kriege beglückten und die ein vollgerüttelt Maß von Schuld an den herrlichen Zeiten haben, die 1914 anbrachen und bis heute weiterwirken. Diese Kreise haben wie damals, so auch heute, nur einen geringen Anhang im Volke. Sie werden sich auf die Nationalsozialisten stützen, und es ist deren Geist und deren Anweisung, was das neue Kabinett bewegt. So hat sich denn das arbeitende Volk auf allerhand gefaßt zu machen. Jetzt wird sich die Arbeiterschaft über ihre kleinliche Hecheleien hinweg zusammenfinden müssen, um der neuen, der schwerlich zu über-treibenden Gefahr zu begegnen. Das kann nicht ernst genug genommen werden.

Das Kabinett Brüning hat hauptsächlich durch Abbau der Löhne, sozialen Unterstützungen und Erhöhung der Massensteuern versucht, die kapitalistische Gesellschaft über die Krise hinwegzubringen. Das neue Kabinett hat dieselbe Aufgabe; es wird ihre Erfüllung wahrscheinlich beginnen mit dem Abbau der politischen Rechte und der sozialpolitischen Einrichtungen, um so die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die der Beschaffung der Mittel für die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft bislang noch im Wege standen. Es will einem indessen scheinen, daß dieser Art von Aufgabenerfüllung noch Hindernisse im Wege stün-

den, um die selbst Persönlichkeiten von solch respektablen Fähigkeiten wie die der neuen Minister nicht leicht herumkommen können.

Die Politik der kapitalistischen Rettung der Regierung Brüning hat nach zwei Jahren so ziemlich den Punkt erreicht, wo sie wenig oder nichts mehr bringen konnte. Immerhin konnte sie noch die Hoffnung haben, von Lausanne her eine Erleichterung, eine Hilfe zu bekommen. Dort winkte einer deutschen Regierung die probate Gelegenheit, gute internationale Geschichte zu machen; da statt dessen daheim eine böse deutsche Geschichte gemacht wurde, ist die Erleichterung vom Auslande noch fragwürdiger geworden. Wie dem nun auch sei, dem Kabinett Papen dürfte seine hohe Aufgabe noch um manches schwerer fallen als seinem Vorgänger.

Zu dieser Annahme führen ein paar einfache Erwägungen: Es ist die politische Krise, die Deutschlands Wirtschaftsnot so schlimm, schier unbehebbar macht. Die politische Ungewißheit drosselt die Unternehmungslust, veranlaßt unzählige Bürger, ihr bißchen Spargut in der Tasche herutzutragen, anstatt es auf der Bank zu lassen, bestimmt auch die ausländischen Gläubiger, neue Kredite zu verweigern und die alten möglichst schnell aus Deutschland herauszuziehen. Wie soll jemand etwas unternehmen, etwas riskieren wollen, wenn er vor politischen Störungen und Fußtritten nicht sicher ist? Ohne fühlbare Milderung der politischen Krise ist daher an eine Behebung der Wirtschaftsnot nicht zu denken. Und gerade diese oberste Voraussetzung kann die neue Adels-

regierung noch viel weniger als ihre Vorgängerin erfüllen, das Gegenteil um so sicherer.

Das Kabinett Papen hatte keine Aussicht, im Reichstag eine Mehrheit zu finden. Es hat darum die Auflösung des Reichstags gleich beschlossen, die Neuwahl soll voraussichtlich am 17. Juli stattfinden. Die Reichstagsauflösung mit ihrem Drum und Dran bedeutet eine beträchtliche Verschärfung der politischen Unsicherheit und gleichzeitig die Vollendung der wirtschaftlichen Misere. Denn unter solchen Umständen ist wahrscheinlich nicht anzunehmen, daß die Unternehmungslust steigt, die ängstlichen Sparer ihre Groschen aus der Hand geben oder daß die ausländischen Kreditgeber einem Reiche nationalsozialistischer Herrlichkeit ihr Kapital anvertrauen. So dürfte die neue Regierung noch eher als die alte an dem Punkte anlangen, wo auch ihre Staatskunst, selbst wenn sie mit der eisernen Faust betrieben werden sollte, ein Ende hat.

Wie günstig immer man die Aussichten der Adelsregierung beurteilen mag, sie stellt jedenfalls ein gefährliches Experiment dar, gefährlich für das deutsche Volk und sehr kostspielig obendrein. Wir leben, so läßt ein Rundblick über die Erde aussagen, in einer verheerend kritischen Zeit. Der Untergrund der kapitalistischen Gesellschaft bebzt fast allerorten bedenklich. Dagegen wird mit Militärstiefeln und Sturmtruppen schwerlich etwas auszurichten sein. Wenn die herrschenden Oberschichten nicht sehr vorsichtig und recht weise, aber bald handeln, kann die ganze kapitalistische Herrlichkeit zusammenbrechen. Davon dürfte jedoch insonderheit die deutsche Oberschicht nichts halten. Sie wird ihre bekannte Genialität walten lassen, ihre eigene Erfahrung haben wollen. Sie wird sie haben. Das kann ihr und ihrer ganzen Klasse teuer zu stehen kommen. Sehr teuer.

Um höheren Brotpreis gehts

Die neueste Regierungskrise in Deutschland hat verschiedene Ursachen, vor allem aber die folgende: Der Vorstoß der ostelbischen Großgrundbesitzer gegen die Regierung Brüning ging um das Siedlungsprogramm. Selten war eine so landwirtschafts-freundliche Regierung am Ruder als die verflissene. Mittels der Zollpolitik hat sie die Preise für landwirtschaftliche Produkte weit über den Stand des Weltmarkts getrieben. Daneben hat sie eine Subventionspolitik eingeleitet, die Milliarden gekostet hat. Wie ist nun der neueste Vorstoß der Großgrundbesitzer zu erklären?

Wie überall hat die Krise auch in Deutschland eine Entwertung des Bodens mit sich gebracht. Für landwirtschaftliche Grundstücke im Osten werden geringe Preise geboten. Die Stützung der landwirtschaftlichen Großbetriebe mit öffentlichen Mitteln war auf die Dauer nicht zu verantworten. Trotz aller Stützungsmaßnahmen wurden andauernd bankrotte Güter feilgeboten. Die Regierung Brüning hatte nun vor, die Siedlungspolitik etwas großzügiger zu betreiben und die zusammengekrachten Großbetriebe des Ostens mit Bauernsöhnen und Landarbeitern zu besiedeln. Der Preis, der den Besitzern für Grund und Boden bezahlt werden sollte, sollte sich dem Marktpreis anpassen. Dagegen richtete sich der Sturm der Großgrundbesitzer.

Es soll nicht der auf dem Markt erzielbare Preis, sondern der sogenannte Einheitswert zur Grundlage der Entschädigung gemacht werden. Die Junker wollen also aus der Siedlung ein Geschäft machen. Sie wollen aus den Mitteln der Allgemeinheit für ihre zusammengebrochenen Klitschen soviel herausziehen, daß sie davon gut leben können. Und weil die Regierung Brüning diesen Wünschen sich nicht so ohne weiteres geneigt zeigte, schlängelte man sich an den Reichspräsidenten heran. Dieser ist selbst Großgrundbesitzer und aus den Kreisen dieser Musterpatrioten hervorgegangen.

Die Regierungskrise ist also zu einem Teil ein Kampf um die Bodenpreise des agrarischen Ostens. Das Siedlungswerk soll

aufgegeben werden oder, wenn es fortgeführt wird, dann soll es nur so geschehen, daß die Großgrundbesitzer einen tüchtigen Batzen als Entschädigung erhalten. Daß dadurch eine Siedlungspolitik auf billiger Basis unmöglich gemacht wird, versteht sich am Rande. Den Kreisen, die die Regierung stürzen, geht es ja auch nicht um die Siedlung, sondern um die Besitz-erhaltung, oder, wenn eine Veräußerung dennoch eingeleitet werden soll, um eine anständige Entschädigung.

So löst sich letzters alles, was in den hohen Regionen der Politik geschieht, in ein nüchternes Rechenexempel auf. Es ist der Kampf um den Staat, um mit Hilfe der Staatsgewalt die Mittel der Allgemeinheit in die Taschen bestimmter Schichten lenken zu können. Alles andere ist Benebelung der Gehirne.

Nur noch geringe Entlastung des Arbeitsmarkts

Es ist schmerzlich, zu erfahren, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit bereits Anfang Mai eine Verlangsamung erfahren soll. Und doch ist es so. Nach den Meldungen der Arbeitsämter gingen die Arbeitslosen vom 1. bis 15. Mai um 64 000 zurück. Da der Rückgang im Monat April 282 000 betrug, so ist bereits eine merkliche Verlangsamung der Besserung des Arbeitsmarktes eingetreten. Wir müssen wohl oder übel damit rechnen, daß die Arbeitslosigkeit womöglich schon in den nächsten Wochen bereits wieder zu steigen beginnt. Wir sind um eine Hoffnung ärmer geworden. Die Reichsregierung rechnet mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer im Jahre 1932 von 5,9 Millionen. Damit wird sie ungefähr das Richtige getroffen haben. Wir müssen uns aber darüber klar sein, was ein Fortbestehen einer so hohen Arbeitslosigkeit für die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt auch für die Arbeiterbewegung bedeutet.

Wider die gegenseitige Absperrung

Anfang Mai hat in Berlin auf Veranlassung des Berliner Tageblattes eine internationale Weltwirtschaftskonferenz stattgefunden. Dort wurde gewissermaßen eine vorläufige Bilanz der weltwirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Krisenjahren gezogen. Solche Zusammenkünfte können nie eine unmittelbare praktische Bedeutung haben. Man erinnert sich ja auch an jene erste weltwirtschaftliche Konferenz des Völkerbundes, die vor fünf Jahren in Genf stattgefunden hat und deren kluge und vorausschauende Entschlüsse in den Staatskanzleien der ganzen Welt wenig beachtet wurden. Bereits damals in Genf hat man die warnende Stimme gegen die Politik der gegenseitigen Absperrung erhoben. Vergebens! Gerade zwischen den beiden weltwirtschaftlichen Konferenzen, der offiziellen und der privaten, hat das Verhängnis seinen Lauf genommen.

Es wäre heute müßig, die Frage aufzuwerfen, ob die gegenseitigen Absperrungen und Hochschutzzölle die Krise erst in diesem ungeheuren Maße verschärft oder ob die Krise selbst zu der panikartigen Verbreitung der „selbstgenügsamen“ Gedanken geführt hat. Wahrscheinlich liegt hier eine Wechselwirkung vor. Aber aus den Erörterungen auf der Berliner Konferenz konnte man ganz deutlich heraushören, daß es den Wirtschaftsführern und Professoren selbst vor jener Verwüstung graut, in die diese wahnwitzige Wirtschaftspolitik die Welt versetzt hat. Und darin liegt gerade die Bedeutung dieser Konferenz. Hier hat sich eine große internationale Abwehrfront gegen die Selbstisolierung und gegenseitige Zerfleischung herausgebildet, die ihren Einfluß auf die Weltmeinung nicht verhehlen kann.

Einstimmig hat die Berliner Weltwirtschaftskonferenz, an der namhafte deutsche und ausländische Sachverständige teilgenommen haben, die Autarkie, das heißt die Theorie vom nationalen Selbstgenügen, abgelehnt. Diese Theorie, heißt es in der einzigen von der Konferenz angenommenen Entschlüsselung, stelle keine Bereicherung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und nationalen Erzeugung dar, sondern höchstens eine Organisation des Mangels, des Verzichtes auf wirtschaftliche Weiterentwicklung, eine Zwangsangewohnung an unrationelle Zufälligkeiten. Mit bitterer Ironie hat einer der Teilnehmer ausgerufen, das Zeichen dieser Zeitläufte sei die rationalisierte, aber stillstehende Fabrik; man sei fähig, unendlich viel zu produzieren, aber man könne nichts absetzen.

Die Stärke dieser Wirtschaftskonferenz liegt in der Verneinung, in der Ablehnung der heutigen Handelspolitik der großen und kleinen Staaten. Es ist tatsächlich heute jedermann, abgesehen von den blutigen Anfängern in der Wirtschaftspolitik, die gegenwärtig leider in Deutschland überhand nehmen, klar, daß das Heil der Welt, und vor allem der werktätigen Massen, nicht in dem weiteren Zerfall der Wirtschaft in einzelne kleine, dicht abgeschlossene Gebiete liegen kann. Die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, das Arbeiten füreinander, die möglichst weitgehende Entwicklung des Austausches von Waren, Menschen und Kapital ist die Grundlage der menschlichen Kultur. Soweit können wir unsere völlige Übereinstimmung mit der Berliner Konferenz erklären. Es scheint aber, daß jene Kreise der Wirtschaft und der bürgerlichen Wissenschaft, die sich heute zum Freihandel bekennen, sich nicht vollkommen

Anträge zum Verbandstag in Dortmund

(Fortsetzung)

Lohn- und Tarifpolitik, Schlichtungswesen und Tarifrecht

Braunschweig. Durch die wiederholt vorgenommenen Lohnkürzungen und durch den im Januar notverordneten Lohnabbau ist die zwischen den Männer- und Frauenlöhnen liegende Lohnspanne um ein beträchtliches erweitert worden, so daß die Auswirkungen dieser Lohnkürzungen eine weitere Konkurrenz der Frauennarbeit gegenüber der „teueren“ Arbeit der männlichen Kollegen ist, die im Kapitalismus zu einer weiteren Herabdrückung der Männerlöhne auf den Stand der Frauenlöhne führt. Der Verbandstag erhebt die Forderung auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit als Kampfforderung der Betriebe und verpflichtet seine Mitglieder, sich für die Durchsetzung dieser Forderungen einzusetzen.

Braunschweig. Der Verbandstag möge beschließen, daß für die Zukunft alle Kampfmaßnahmen gegen die einseitige staatliche Schlichtung eingesetzt werden. Die letzten zwei Jahre haben bewiesen, daß die Schlichtungsinstanzen sich ganz einseitig gegen die Gewerkschaften entscheiden und dadurch die Arbeiterschaft in ihrem Einkommen und in ihren Rechten erheblich geschädigt wird. Die gegenwärtigen Forderungen des Unternehmers werden fast restlos von den Schlichtern erfüllt und sollten uns darum als Arbeiterklasse die Augen öffnen über den Wert und die Bedeutung dieser Schlichtung.

Breslau. Der Kampf gegen Lohnkürzungen, gegen sonstige Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen auf Anweisung der Regierung, gegen die Durchlöcherung und allmähliche Beseitigung der Tarife und des Tarifrechts, gegen den Abbau der sozialen Unterstützungen, gegen ungerechte Massensteuern, gegen die Aufhebung wichtiger Verfassungsrechte, gegen die Diktatur mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung, gegen die verfassungswidrigen arbeiterfeindlichen Notverordnungen, gegen die Ausschaltung der Parlamente, gegen die Einschränkung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit ist auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes unter Ablehnung jeder Gemeinschaft und Koalition mit den Klassenfeinden des Proletariats zu führen. Der Kampf muß beginnen gegen die Regierungen, die glauben, mit Notverordnungen auf Kosten der Arbeitnehmer die Krise beseitigen und das kapitalistische Wirtschaftssystem retten zu können.

Die deutschen Gewerkschaften verdanken ihre Überlegenheit über alle bürgerlichen und konfessionellen Gewerkschaften dem Gedanken des Klassenkampfes, der sie befähigt, die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft und Ordnung zu erkennen; und der sie verpflichtet, den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und für den Sozialismus gegen die Vertreter des Kapitalismus und Faschismus in allen Schattierungen zu führen.

Der Verbandstag fordert die Rückkehr auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes, die Abkehr von den bürgerlichen Ideologien und die Loslösung des DMV aus allen Verbindungen mit Organisationen, die für die Erhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln eintreten, weil nur dann die größtmögliche organisatorische Einheit der Arbeiterklasse geschaffen werden kann.

Brühl. Der Vorstand wird beauftragt und ermächtigt, allen Eingriffen seitens der Regierung durch Notverordnungen in das Tarifrecht und die sozialen Errungenschaften mit den schärfsten Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes und unter Umständen mit dem Generalstreik zu begegnen.

Chemnitz. Der Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgt nicht nur unter Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage. In allen Zweigen der Metallindustrie werden die angeblich niedrigeren Löhne gleichartiger Konkurrenzbetriebe von den einzelnen Unternehmungen gegen die Belegschaften ausgespielt und damit unerträgliche Zustände geschaffen. Der Vorstand wird beauftragt, sofort diese Frage zu prüfen und Maßnahmen durchzuführen bzw. zu veranlassen, die eine erfolgreiche Abwehr dieser Angriffe ermöglichen.

Freiburg i. Schl. Die Regierung Brüning geht nach wie vor dazu über, durch Notverordnungsmaßnahmen die Lebenslage der Arbeiterschaft weiter zu verschlechtern.

Der Verbandstag beschließt daher, die Abgeordneten des DMV im Reichstag aufzufordern, mit allen Mitteln gegen diese Politik aufzutreten.

Ferner wolle der Verbandstag beschließen, die Organisation für den schärfsten Widerstand, eventuell mit dem Mittel des Streiks, gegen weiteren Lohn- und Unterstützungsraub unzustellen.

Leipzig. Der Verbandstag unterstützt die vom 14. Gewerkschaftskongress in Frankfurt angenommene Forderung auf Gewährung des reichsgesetzlichen Urlaubs von mindestens 12 Tagen für die Arbeiterinnen und Arbeiter und mindestens 18 Tagen für Lehrlinge, jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter unter 18 Jahren, unter Weitergewährung des Lohnes.

Der Verbandstag fordert vom Vorstand des DMV, gemeinsam mit dem Vorstand des ADGB und der Reichstagsfraktion der SPD allen Einfluß geltend zu machen, um dieser Forderung Gesetzeskraft zu verleihen.

Leipzig. Der Vorstand möge dahin wirken, daß dem § 1 der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenvereine und Schlichtung von Streitigkeiten (vom 23. Dezember 1918) folgender Absatz 3 angefügt wird:

„Auf Rechte aus einem Tarifvertrag für beteiligte Personen, im Sinne Absatz 2, ist ein Verzicht gleich welcher Art rechtsunwirksam.“

Limburg a. L. Die praktischen Auswirkungen der Lohnpolitik seit 1930 haben bewiesen, daß durch die stattgefundenen Lohnsenkungen die Kaufkraft der Konsumenten stark geschwächt und die Wirtschaft ständig mehr zum Erliegen gebracht wurde.

Der Verbandstag des DMV fordert von der Reichsregierung, daß weitere Lohnsenkungen mit aller Entschiedenheit strengstens unterbunden werden.

Weimar. Die Zwangstarife auf der Grundlage der Notverordnungen werden aufgehoben. Der Vorstand hat Maßnahmen zur Mobilisierung der Mitglieder zum Kampf um höhere Löhne einzusetzen und eine Beschlußfassung über Kampfmaßnahmen mit allen Mitteln gegen das Notverordnungs-system herbeizuführen.

E. Henschmann u. Gen., Stuttgart. Bei allen Lohn- und Tarifverhandlungen ist für folgende Forderungen einzutreten: Die besonderen Arbeiterinnenlöhne können in Wegfall, bei gleicher Arbeit gleicher Lohn, Sicherheitsurlaub, bei vollem Lohnausgleich, bezahlte Pausen und dreiwöchige Ferien, Verbot der Überzeit- und Nachtarbeit, Ausnahmestimmungen, nach denen „aus wichtigen Gründen“ usw. diese Forderungen durchbrochen werden, sind unzulässig.

E. Hoffmann, Elmhorn. Der Verbandstag wolle beschließen, daß jede Lohnsenkung in Zukunft unterbleibt. Der Verband muß in Zukunft jede Lohnsenkung verhindern und zum letzten gewerkschaftlichen Mittel greifen (Streik).

von der Illusion freimachen können; es genüge, „das freie Spiel der Kräfte“ wieder in Bewegung zu setzen; damit die zerstörte Weltwirtschaft wie ein Vogel Phönix wieder aus der Asche steige. Jedenfalls hat die Konferenz, die in der Kritik der heutigen Wirtschaftspolitik sehr radikal gewesen ist, große Vorsicht an den Tag gelegt, als es sich darum handelte, positive Vorschläge zu machen.

Es ist übrigens höchst bemerkenswert, daß das große internationale Arbeitsbeschaffungsprogramm des uns so jäh entrisenen Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hinter den sich bekanntlich im wesentlichen auch der Internationale Gewerkschaftsbund gestellt hat, während der Konferenz kaum erwähnt wurde. Dagegen hat man sich mit den Problemen der Kreditausweitung und der Zollunion ausgiebig auseinandergesetzt, ohne jedoch sich auch auf diesem Gebiete festzulegen. Die politischen Fragen sind grundsätzlich nicht berührt worden, obgleich der Gedanke einer politischen und wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich mehrmals von verschiedenen Seiten unterstrichen wurde. Man hat in den letzten Jahren, und besonders in den letzten Monaten in Deutschland — das gilt übrigens nicht für Deutschland allein —, sich allzusehr auf die Probleme der inneren Politik konzentriert. Damit ist eine sehr gefährliche Beschränkung des Gesichtsfeldes, auch bei den arbeitenden Klassen, verbunden.

Die nächsten Monate werden uns aber von neuem vor außenpolitische Entscheidungen von allergrößter Wichtigkeit stellen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß Deutschland und Europa, ja die ganze Welt, vor dem entscheidenden Wendepunkt ihrer Geschichte stehen. Die heutige wirtschaftliche Selbstisolierung der einzelnen Staaten führt zwangsläufig zur internationalen politischen Spannung, und diese politische Spannung, die Europa und die ganze Welt nicht zur Ruhe kommen läßt, ist eine der tiefsten Wurzeln der gegenwärtigen Weltkrise. Aber weder die wirtschaftliche Selbstisolierung noch die internationale politische Spannung können durch das „freie Spiel der Kräfte“ allein überwunden werden. Die werktätigen Massen Europas, und vor allem der beiden großen Nachbarstaaten, Deutschland und Frankreich, müssen ihre ganze schöpferische Willenskraft anspannen, um den Gedanken der „europäischen Planwirtschaft“ zu verwirklichen.

Die Weltwirtschaftskrise, die in dem Zerfall der Weltwirtschaft und in der Aufstellung des wahnwitzigen Planes der „Selbstgenügsamkeit“ gipfelt, kann letztes nur durch planmäßige Zusammenarbeit der Völker Europas bezwungen werden. Der Ausgang der französischen Wahlen, der die Beseitigung der Herrschaft der bürgerlichen Reaktion in Frankreich möglich macht, eröffnet eine ganz neue Aussicht für die europäische Zusammenarbeit. Von der Entwicklung der politischen Lage in Deutschland wird es abhängen, ob diese Möglichkeit zu einer Wirklichkeit wird. Gregor Bienstock.

Betriebsdiebstahl

Die Geheimpolizei der Unternehmer

Wenn sich einmal ein armer Teufel am Betriebsgut vergeift, dan geifert die kapitalistische Presse scheinlich über „Ruchlosig-keit“ der Proleten und über die Verderbnis der Zeit. Wenn aber die Futtergeber dieser Presse die Lohntüten beklaumen oder dem Staate durch irgendwelche Winkelzüge Millionen abknöpfen, dann feiert das dieselbe Presse als hohe patriotische Tat oder begründet es mit dem Interesse der Wirtschaft. Selbst wenn es wirklich so wäre — wofür wir allerdings keinen Tatbeweis haben —, daß sich jetzt mehr als sonst Arbeiter am Betriebsgut vergeiften, so könnte es wahrhaftig nicht wundernehmen in anbetracht des Umstandes, daß dem Arbeiter und seiner Familie durch Lohnkürzung, Steuererhöhung und Gott weiß was sonst noch die letzten Bissen vom Munde fortgenommen werden.

So menschlich verständlich also unter den heutigen Umständen der Betriebsdiebstahl auch ist, wir möchten heute wie immer nachdrücklichst davor warnen, nicht nur weil er juristisch gefährlich, sondern auch gewerkschaftlich höchst verwerflich ist. Außerdem wird dadurch zahlreichen Nachtgehaltn die Möglichkeit gegeben, sich lieb Kind und unentbehrlich zu machen.

Verschiedene Industriegruppen haben sich Überwachungsvereine geschaffen. So die rheinischen Braunkohlenwerke. Im Jahre 1922, als die Inflation die Betriebsdiebstähle außerordentlich vermehrte, und die Zahl der gestohlenen Material kaufenden Althändler erheblich zunahm, wurde die „Überwachungsstelle für das rheinische Braunkohlenrevier“ geschaffen. Sie ist sozusagen eine Unterabteilung des Arbeitgeberverbandes für die rheinische Braunkohlenindustrie und besteht aus kriminalistisch vorgebildeten Beamten. Ihre Zahl betrug 13 zu Beginn des Jahres 1924. Auf Antrag der Unternehmer an die Regierung haben die Geheimbeamten die Rechte der Hilfspolizisten und dürfen sogar Schusswaffen tragen. Mit der Orts- und Kriminalpolizei arbeiten sie eng zusammen. Jede Spur wird hartnäckig jahrelang verfolgt. Erstens wollen sie ihre Pöstchen erhalten, zweitens müssen sie sich reutieren.

Hierbei hilft ihnen besonders der Rheinische Verein gegen Betriebsdiebstähle, der Schwarze Listen hat und in der Inflationszeit besonders über die Kölner Althändler eine scharfe Geheimkontrolle ausübte. Hinzu kam die Hilfe von Denunzianten, die, anstatt den Betriebsrat zu informieren, aus Haß, Neid oder zur Erschleichung einer guten Nummer, sich direkt zu den Vorgesetzten oder Geheimbeamten wandten. Die schuldigen Leute wurden sofort fristlos entlassen. Weil sie auf die Schwarze Liste gesetzt wurden, fanden sie nirgends mehr Beschäftigung. Gleichzeitig hetzte man den Staatsanwalt auf die Kleinen Sander los, denen dann durch eine Gefängnis- oder sogar Zuchthausstrafe die ganze Zukunft ruiniert wurde.

Durch das Entgegenkommen der Kölner Kriminaldirektion wurde 1927 der Betriebspolizei sogar die Möglichkeit zur Anwendung des Fingersdruckverfahrens gegeben. Außerdem führte man unvermerkt strenge Schichtrevisionen durch, um die Belegschaft einzuschüchtern. Mit böhmischem Stolz stellten die Unternehmer 1930 fest, daß sich alle Sicherheitsvorkehrungen sehr bewährt hätten. Bei diesem Lobgesang darf man nicht vergessen, daß durch die Geheiminspektion auch die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit geknackt wird.

Einzelfälle kamen vor einigen Tagen am Arbeitsgericht von Köln zur Sprache. Da hatte beipackweise ein Maschinist aus alten Patzlappen einige gut erhaltene Stücke herausgesucht, die seine Frau zu Hemden verarbeitet. Dies hatte man beobachtet. Fristlose Entlassung war die Folge. In einem anderen Falle hatte ein bei dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk beschäftigter Dachdecker von seinem Vorgesetzten zwei alte durchlöchernte Kesselsätze „geschenkt“ erhalten. Auf Grund einer Denunziation hielt man aber bei ihm unverzüglich eine Hausdurchsuchung ab. Hierbei fand man neben den geflickten Kesselsätzen noch einen Aufnehmer und eine Karbidlampe, die auch aus dem Werk stammen sollten. Die Folge war fristlose Entlassung. Nachträgliche Klagen am Arbeitsgericht waren erfolglos.

Aus diesen zwei Beispielen ist zu ersehen, daß selbst nicht die belanglosesten, verhältnismäßig aus dem Betrieb genommen werden darf. Jede Kleinigkeit, die für den Unternehmer tatsächlich nur Schrottwert oder gar keinen Wert hat, kann im Falle des Überwollens zum gefährlichen Strick werden. Bei der wirtschaftlichen Übermacht des Kapitalisten und seiner Vertreter finden diese auch immer genügend Zeugen, die gegen den armen, angeblichen Sander auftreten. Oft genug ist dann der Arbeiter vollständig verlor. Christian Silberhell.

F. Summer u. Gen., Harburg. Da das Schlichtungswesen sich als Fessel für die Arbeiterschaft in ihrer Lohnbewegung auswirkt und von den Unternehmern benutzt wird, um der Arbeiterschaft den Lohnabbau zu diktieren, beantragen wir die völlige Abkehr des DMV vom Schlichtungswesen und fordern Kampfmaßnahmen zur Verhinderung des Lohnraubes.

K. Wieland u. Gen., Kreuznach. Es ist Aufgabe der Arbeiter der Metallindustrie, die Metallangestellten als Bundesgenossen den Einflüssen der bürgerlichen Parteien und Verbände zu entreißen und sie unter ihren Einfluß zu bekommen. Dies kann nur geschehen durch die gegenseitige Kampfunterstützung dieser beiden Schichten.

Um hierzu eine wichtige Gelegenheit zu schaffen, beschließt der Verbandstag, die Kollegen anzuweisen, bei den Lohn- und Tarifverhandlungen für den gleichzeitigen Ablauf der Metallarbeiter- und Angestelltenarbeitsverträge einzutreten. Desgleichen werden die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände aufgefordert, ihren Mitgliedern die entsprechenden Anweisungen zu geben.

Metallarbeiter-Zeitung

Breslau. Die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung in letzter Zeit ist mit der im Statut festgelegten Bestimmung: „Der DMV steht auf dem Boden des Klassenkampfes“ nicht mehr in Einklang zu bringen.

Der Verbandstag mißbilligt diese Schreibweise und erwartet, daß die Metallarbeiter-Zeitung ihren Kampf für die Interessen der Metallarbeiter vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes und unbeeinträchtigt von kleinbürgerlichen Illusionen ausführt.

Niesky. Die Metallarbeiter-Zeitung hat ihre gehässige und sinnentstellende Schreibweise gegenüber der russischen Sowjetrepublik einzustellen.

Opladen, Suhl, Tambach-Dietharz; F. Baum, Altenburg; K. Bergmann u. Gen., Gröna i. Sa.; K. Berleth u. Gen., Eisenach; W. Engelmann, Elsterwerda; P. Krauter, Berlin; Joh. Syndikus u. Gen., Dortmund; Fritz Trapp, Lüdenscheid. Die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung ist zu verpflichten, der Kriegsgefahr mehr Aufmerksamkeit zu widmen und auf der ersten Seite unserer Zeitung ständig die Vorbereitungen der imperialistischen Kriegstreiber zu enthüllen. Dazu gehört in erster Linie die wöchentliche Aufzählung der Betriebe, die mit der Herstellung von Kriegsmaterial einsetzen oder schon begonnen haben, sowie die Enthüllung der Kriegsmaterialtransporte in und durch Deutschland. Darüber hinaus muß die ständige Aufforderung an die Metallarbeiter gerichtet werden, die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial durch Streiks zu verhindern.

Weimar. Von den Redakteuren der Metallarbeiter-Zeitung ist eine parteipolitisch neutrale proletarische Schreibweise und keine einseitige Stellungnahme für die Sozialdemokratie zu verlangen.

Zwickau. Die Schreibweise und die Stellungnahme des Verbandsorgans, der Metallarbeiter-Zeitung, gegenüber Sowjetrußland muß geändert werden. Es dürfen nicht nur die Mängel und Schwierigkeiten der Lebensverhältnisse der Arbeiter- und der Wirtschaft geschildert, sondern müssen auch die grandiosen Erfolge des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion den Metallarbeitern zur Kenntnis gebracht werden.

W. Meuche u. Gen., Leipzig. In der Metallarbeiter-Zeitung dürfen keine einseitigen politischen Artikel mehr erscheinen. Besonders ist die Einstellung der Propaganda für die „Eiserne Front“ und die „Hammerschichten“ sofort vorzunehmen, da diese Organisationen nicht auf der Grundlage des Klassenkampfes geschaffen worden sind.

W. Müller u. Gen., Gevelsberg. Wir protestieren gegen die einseitige, scheinbar wahrheitsgemäße, aber in Wirklichkeit durch und durch unwahrhaftige Berichterstattung der Metallarbeiter-Zeitung über die Sowjetunion. Der Verbandstag verlangt vom Schriftleiter Kollegen Kummer, sich nicht nur aus der „Trud“, wo einzelne Arbeiter einzelne Mißstände kritisieren, um dadurch Abhilfe zu schaffen, sondern sich auch persönlich über die Lage der russischen Wirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie und der Lage der Arbeiterklasse zu informieren, wie er das wiederholt in kapitalistischen Ländern getan hat.

W. Richter, Bautzen. Der Verbandstag beschließt, daß die Metallarbeiter-Zeitung nicht als einseitiges Parteiorgan mißbraucht wird.

J. Fuchs u. Gen., Kaiserslautern. Der Verbandstag wolle beschließen, daß die Gewerkschaft die Diskussion in der Verbandspresse über die bisher vernachlässigten Fragen der Geldpolitik innerhalb der Gewerkschaften auf breiter Grundlage aufrüllt und baldmöglichst zu einer Klärung bringt, die im Interesse der Arbeiterschaft liegt.

Rich. Schnöbbe u. Gen., Harburg. Der Verbandstag wolle beschließen, auf die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung einzuwirken, die Aussprache über „Das untaugliche Zwungsgeld“ fortzusetzen und dabei die Anhänger des Freigeldes in dem gleichen Umfange zum Wort kommen zu lassen wie bisher den Gegner.

Organisationsfragen, Industrieverbände, Kartellverträge

Hamburg. Die immer stärker werdende und räumlich immer größere Gebiete umfassende Konzentration im Unternehmertum — ganz gleich, ob Arbeitgeberverbände oder Innungen — macht eine Anpassung und Neugliederung unseres Verbandes in vielen Fällen dringend notwendig. Die bisherige Durchführung der dem Vorstand im § 33 Abs. 1 des Verbandsstatuts gegebene Möglichkeit ist der wirtschaftlichen und räumlichen Zusammenfassung der Arbeitgeberorganisationen nicht gefolgt. Der Abschluß von Tarifverträgen wurde vielfach erschwert, weil Verwaltungsstellen wegen ihrer Unzuständigkeit den Forderungen der Arbeitgeber auf räumliche Ausdehnung des Tarifgebietes nicht zustimmen konnten. In vielen Wirtschaftszentren unseres Verbandsgebietes besteht eine Vielheit von kleinen und kleinsten Verwaltungsstellen, die sich mit dem Streben unseres Verbandes nach Industrieorganisationen nicht verträgt und der inneren Stärkung und dem Ausbau des Verbandes entgegensteht. In vielen Fällen hat sich seit Jahren die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit herausgestellt, bestehende Verwaltungen aufzuheben oder anderen anzugliedern.

Der Verbandstag fordert vom Vorstand, daß er in Zukunft von der ihm im § 33 Ziffer 1 des Verbandsstatuts gegebenen Befugnis Gebrauch macht, um eine organische und regionale Gliederung unseres Verbandes zu erreichen.

Kiel. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, mit allen Mitteln für die schnelle Schaffung von Industrieverbänden einzutreten.

(Fortsetzung auf Seite 143)

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Ich gehe langsam, langsam nach meiner Stube, übermächtig will mich die seltsame Gewalt festhalten, jeder Schritt schmerzt in allen Gliedern, es summt in den Ohren wie fernes Meeresbrausen... kann dir die Hand nicht geben... bleib du im ewigen Leben mein guter Kamerad, mein guter Kamerad —

Da fühle ich einen leisen, leisen Luftzug im Nacken... unmerklich fast... kalt... Schwer dreht sich mein Genick um...

Ich falle fast um vor Schreck — ich fühle, wie mein Blut gerinnt — kalte Schauer überrieseln mich — ich will schreien... in der Türöffnung der Stube 24 steht Langer wie ein Gespenst... hager... in der Unterhose... barfuß... ich sehe die hervortretenden Rippen unter dem geöffneten, groblinigen Hemd... ach, ich sehe alles so deutlich in solchen Augenblicken... tief liegen die Augen in den Höhlen... keine Augen — abgrundtiefe Löcher... spitz und weiß die Nase... der Mund ist verwischt... ein Bild des furchtbarsten Elends... ach, der arme, glattrasierte Knabenschädel — mir ist, als sähe ich das arme, gepeinigete Herz schlagen hinter den Rippen... Langer — ein Schemen nur — sieht er mich denn nicht?... er kommt tastend auf den Flur... vorgestreckt die dünnen, bleichen Hände... sein Gesicht ist uralt, fremd... ich erkenne es nicht mehr wieder —

Da stehe ich schon bei ihm: „Heini, Heini Langer“, flüstere ich... ich kann nichts weiter hervorbringen... mir hält eine drosselnde Hand den Hals zu.

Ich fasse seine eiskalte Hand... sie ist zur Faust gekrümmt wie im Krampf. — „Heini, was willst du hier... kennst du mich nicht mehr... ich bin doch Peter... Heini, sieh mich doch einmal an... du wirst dir den Tod holen hier auf den kalten Steinen... sag' doch mal ein Wort, Heini...“

Aber er geht Schritt für Schritt weiter und sieht mich nicht an. Er weint — eine Träne fällt auf meine Hand, ich erschrecke furchtbar — endlich stößt er mühsam hervor:

„Laß mich, Peter. Ich wollte nur austreten...“ — und dann mit einem Male ruhig, während er stehen bleibt und mich voll ansieht, daß es sich in meiner Brust zusammenzieht, als ich das ungeheure Leid in seinem Antlitz sehe:

„Mir kann niemand mehr helfen, auch du nicht, Kamerad. Sorg' dich nicht mehr um mich. Laß nur, laß nur“, und ganz, ganz leise, hauchartig: „Morgen ist alles gut...“ Er neigt seinen Kopf dicht an meinen: „Bist mein bester Kamerad gewesen, Peter — habe vorhin noch an alles gedacht, wie es früher war, als man uns noch nicht hierher verschleppt hatte. — Grüß Hamburg und meine Mutter. Und denk' auch mal an mich, Kamerad, wenn du zurückkommst. Ich wünsch' dir alles Gute, wenn's an die Front geht.“

Es sticht mir in der Kehle: „Was sprichst du da für Worte, Heini... du kommst doch eher nach Haus als ich“, er zwingt sich zu einem Lächeln, es sieht furchtbar aus, wenn dieses Gesicht lächeln will — er schüttelt den Kopf, und ich gebe meinen Worten die letzte eindringliche Kraft: „Doch, Heini, doch! doch! doch! Morgen wird es besser... du bist heraus aus diesem schlimmen Leben... du kommst ins Lazarett, und man wird dich nie wieder zum Dienst zwingen können... man wird einsehen, daß du ihm nicht gewachsen bist... und dann hast du endlich Ruhe...“

Und er: „Ja, ja — Ruhe werd' ich haben, Ruhe... Ruhe...“, er betont dieses Wort dumpf, ich erschrecke tief davon... ich spüre plötzlich wieder die Kälte in meinen Gliedern... wir stehen ja auch beide halbnackt mitten in der Nacht auf dem Flur einer öden, kalten Kaserne — mir wird es mit einem Male wieder alles so klar: dieses verzweifelte Leben... ich sehe die Gewehre an der kalkweißen Wand, ich presse Langers Arm, ich will Heini zurückbringen in seine Stube — was nützt all' das Reden hier draußen... Ich fasse ihn an der Schulter, und drehe ihn um: „Nun leb' wohl, Heini... wie gut, daß wir uns noch getroffen haben... ich konnte gar nicht einschlafen, ich wollte noch zu dir... nun ist ja alles gut, und wenn wir wieder zu Hause sind... nu' geh' rein... leb' wohl und ich wünsch' dir gute Besserung.“

Er dreht noch einmal den bleichen Kopf zu mir hin... „oh Heini, sieh mich doch nicht mehr so an... ich könnte schreien, in Jammer und Qual... seine Augen sind ganz groß... aber jetzt ein seltsames verklärtes Lächeln um seinen Mund: „Grüß' auch alle Kameraden, vergiß Kari Kilb nicht.“ „Ja, Heini...“ „Gute Nacht, Peter.“ „Gute Nacht, Heini.“

Als ich auf mein Lager kriechen will, Tränen in der Brust, die nicht fließen können... kracht es draußen furchtbar auf... hallend... bellend... als wenn das Haus zusammenstürzen will... ich falle zurück auf den Boden, als hätte mich eine Riesenfaust geschlagen.

Die Kameraden stürzen aus den Betten, einige sitzen mit entsetzten, verstörten Gesichtern aufrecht und zittern — Schreie... Türen knallen auf und zu... Tische und Schemel poltern... irgendein lautes, schreiendes Kommando ertönt... ich stürze gepeitscht auf den Flur:

Vor dem Gewehrstand liegt Langer — mit dem Gesicht nach unten — Gaslicht flammt gespenstisch auf — hinten in seinem Kopf klafft ein großes, schwarzes Loch — er liegt über einem Gewehr, seine Hände liegen wie abgerissen vor seinem Kopf... vor dem glattrasierten Kopf, der mich eben noch ansah... eben noch ansah... bleich liegen die Hände... die ich eben noch fühlte... bleich, verkrampft.

„... durch den Mund geschossen“, höre ich noch wie aus weiter, weiter Ferne —

„Die Augen links!“

Der Krieg setzt weiter hinter dem schweren Maschinengewehr. Langsam wendet er den Lauf: von links nach rechts... langsam zurück... von rechts nach links... Sein Knochenfinger drückt auf den Auslöser: tack tack tacktack — tack — tupp — tupp — tupp tupp — tupp — langsam... langsam... ich habe Zeit... kommt heran... ich will euch alle empfangen... Und neben ihm hocken seine grauenhaften Verbündeten, seine grinsenden Handlanger: der Hunger — er läßt die Patronengurte durch die gelben Hände gleiten... unerschütterlich sind seine Munitionskisten —

der Haß, der Wahnsinn: sie brüllen ihre Befehle über die Schlachtfelder Europas. —

Da stürmen sie heran, die endlosen feldgrauen, blaugrauen, khakifarbenen Wellen, von Trichter zu Trichter springend, mit verzerrten Gesichtern, die alles Menschliche verloren haben. Sie sinken um mit letzten Schmerzensschreien und hängen zerfetzt im Drahtverhau — und immer neue Leichenhügel türmen sich vor dem Lauf der Mörder: denn auf ihren Stahlhelmen steht mit Blut geschrieben: Mord! Und auf ihren Koppelschlössern prangen die Worte: „Gott mit uns!“ Und segnend breiten die Vertreter der Kirchen aller Nationen ihre Hände darüber aus.



Vor dem Gewehrstand liegt Langer —

Endlos rollen die Züge an die Front durch die Nacht: „1917!“ Kein Hurra-geschrei mehr aus den Viehwagen: es ist stumme Menschenfracht. In grauen Klumpen hocken sie mit überwachen, verstörten Gesichtern auf den schmutzigen Bänken in den überlichen Wagen und brüten durch die Stunden, die sie noch von den verschlammten Gräben und dem Trommelfeuer trennen — und vor ihrem Innern steigen die abgekehrten, abgehetzten, verweinten Gesichter ihrer Frauen, Kinder, Väter und Mütter auf, ihrer Angehörigen, die sie eben verlassen, die meisten mit tödlicher Sicherheit für immer... Ich trage einen Verband um die Stirn, in die ich mir in der Nacht von Langers Tod ein Loch fiel. Einen Tag war ich im Revier; dann hat man mich wieder hinausgejagt.

Unablässig pocht es in meinen Schläfen; dumpf hallt jeder Schritt im Schädel nach. Krank an Leib und Seele, wird mir das Marschieren zur größten Qual. In monotonem Gleichschritt stiere ich auf die Schafstiefel meines neuen Vordermannes.

O selig, ein Kind noch zu sein?

Worin soll diese Seligkeit bestehen In unsrer ach so furchtbar schweren Zeit, Wo abertausend Väter „stempeln“ gehen Und täglich wächst die Arbeitslosigkeit?

Wo Mütter mit verzweiflungsvollen Blicken — Und doch gezwungen durch die harte Not — Die Kinder hungrig in die Schule schicken, Da nirgends mehr im Haus ein Stückchen Brot!

Nennt deshalb man die Jugendzeit so schön, Weil Kinder, bleich, mit ausgehöhlten Wangen In Wind und Wetter an den Ecken steh'n — Um eine milde Gabe zu empfangen? Steeg.

Zweite Ehen

Konflikte in zweiten Ehen entstehen nach meiner in der Eheberatung gemachten Beobachtung häufiger da, wo der Ehemann zum zweiten Male verheiratet ist, als bei zweiten Ehen der Frau. Dabei macht sich ein erheblicher Unterschied bemerkbar zwischen den Ehen, bei denen dem Ehemann die erste Frau gestorben war, und den anderen, in denen eine erste Ehe geschieden wurde. War die erste Frau gestorben, so neigen die Ehemänner dazu, sich das Bild dieser Toten mehr und mehr zum Nachteil der zweiten Frau zu idealisieren. Das konnte selbst in Fällen beobachtet werden, in denen feststand, daß die erste Ehe keineswegs reibungslos verlaufen war. Auch hier hörte man die Worte: „So eine Frau wie meine erste finde ich nicht wieder.“ Dies ist wohl auf die allgemeine menschliche Eigenschaft zurückzuführen, daß bei Erinnerungen die Lichtseiten mehr hervortreten, das Unangenehme und Trübe halb vergessen wird oder doch gemildert erscheint.

Die Erinnerung vergoldet. Gegen diese vergoldende Erinnerung kann sich zuweilen eine zweite Frau schlecht behaupten, und besondere Schwierigkeiten entstehen, wenn Kinder aus dieser ersten Ehe vorhanden sind. Nicht so sehr, wenn diese Kinder noch klein sind. Da ist der Mann vielfach geneigt, dankbar anzuerkennen, daß die Frau den kleinen Kindern ihre Sorgfalt und Liebe zuwendet, besonders, wenn eine Zeit dem Tode der rechten Mutter vorhergegangen ist, in der die Kinder solcher Sorgfalt entbehrt haben. Anders aber ist es, wenn die Kinder größer oder schon erwachsen sind. Häufig liegt es dann wohl daran, daß diese erwachsenen Kinder selbst der zweiten Frau mit wenig Sympathie gegenüberstehen, in ihr die verrufene „Stiefmutter“ fürchten, aber auch, daß sie es kränkend empfinden, daß die Erinnerung an die eigene Mutter verdrängt wird.

Der Vater ist zu oft geneigt, gleichfalls der „Stiefmutter“ zu mißtrauen. Er ist der natürliche Beschützer seiner Kinder im Leben — da wird er dazu auch der zweiten Frau gegenüber, ohne sich oft darüber Rechenschaft zu geben, daß diese Beschützerrolle nicht vonnöten ist. Die Eheberatung kann da lediglich versuchen, mildernd und klärend zu vermitteln, auch den erwachsenen Kindern gegenüber.

Anders liegen die Dinge, wenn die erste Ehe geschieden wurde. Dann ist meist viel Bitterkeit bei dem Manne vorhanden, sei es, daß die frühere Frau, sei es, daß er selbst oder beide vom Gericht als schuldig erklärt wurden. Und diese Bitterkeit, die den Mann zwar nicht dazu führt, nun die zweite Frau ebenfalls zu beschuldigen, führt doch leicht zu einer allgemeinen Gereiztheit im täglichen Umgang, deren nur eine sehr ruhige und kluge Frau mit der Zeit Herr wird. Der Mann ist aus der ersten Ehe eben an Reibereien gewöhnt und führt diese unabsichtlich immer wieder herbei.

Langer ist eingegraben. Ein anderer marschiert jetzt vor mir. So ist es: In der Kompagnieliste steht hinter einem Namen ein Kreuz, ein Datum: Die Nummer ist ausgelöscht. — Ein anderer tritt ein: eine neue Nummer, ein anderes Gewehr — und doch das gleiche: ein Soldat unter Soldaten, eine Nummer unter Nummern — namenlos... unbekannt... —

Das Blut hämmert unter dem Schädeldach; hart drückt der Helm gegen den Verband und sitzt dadurch natürlich schief. Die Gedanken kreisen immer um das Gleiche, Unfaßbare: Heini Langer... tot... durch den Mund geschossen... es kann doch gar nicht sein... da... da vor mir... bist du doch noch vor... vor kurzem... marschiert... eine Elendsgestalt wohl, aber du warst doch wenigstens da... —

Seine letzten Worte — mir ist auf einmal, als marschiere Heini neben mir und wiederhole sie:

„Gute Nacht, Peter...“ „Gute Nacht, Heini...“

Ich zucke zusammen... sehe ich Gespenster?... „Ja, gute Nacht, du erster Toter der Kompagnie.“ Du bist der erste, du wirst nicht der letzte sein.

„Setz' mal den Helm gerade auf, du Bengel“, ich schrecke zusammen — neben mir geht der Schinder. Er haut mir auf den Helm, daß ein stechender Schmerz mir quer durch den Kopf fährt. Mit einem eigenartigen Blick sieht er mich an:

„Wie kommst du zu dem Loch im Kopf, hä...“ „Ich bin gefallen, als wir auf den Flur liefen bei dem Schuß, Herr Leutnant.“

„Lümmel!“ — In den Augenwinkeln sitzt es wie Drohung. — „Langer war mein bester Freund, Herr Leutnant!“

„Was hast du auf dem Flur zu suchen ohne Befehl?“ — Ich sehe ihn an, um seine Nase zuckt es höhnisch, ich sehe wieder die gefährlichen gelben Hauer wie bei einem Tier... „Hier gibt's keine Freundschaft, hier gibt's nur Disziplin! Wenn der sich um die Ecke bringt, das geht dich gar nichts an, verstanden?...“

Es saust in meinem Schädel — gleich ist mir alles egal... er beschimpft Heini noch im Tode. — Ich starre auf die Erde... ich stiere krampfhaft nach unten, ich verfolge meine grauen faltigen Schafstiefel — vor — zurück — vor — zurück — oh, nur nicht den Schinder ansehen müssen... geh' doch weiter, du Unmensch! Laß mich doch endlich in Ruhe... willst du mich auch soweit treiben?... —

Er weicht nicht von meiner Seite: „Verschann, Rekrut? Gib Antwort, wenn du gefragt wirst!“

Ich gebe keine Antwort. Plötzlich wird es um mich herum verschwommen, ich kann keinen klaren Gedanken mehr fassen. — Da schreie ich kurz auf: „Au...“ — der Schinder hat mich auf den Fuß getreten... auf den wunden, schmerzenden Fuß... —

„Lausejunge, gib Antwort!“ — „geh, ach geh!“ denke ich nur, und ich schluchze heraus: „Zu Befehl, Herr Leutnant!“ (Wird fortgesetzt.)

diese Annahme sprechen. Allgemein ist vielmehr der Eindruck, daß die Frau, die zum zweiten Male heiratet, für sich nicht mehr so viel erwartet, mit weniger Illusionen in die Ehe geht, also auch weniger dazu neigt, sich an dem Manne in den Kleinigkeiten des täglichen Lebens zu reiben, die doch meist das unharmonische Leben herbeiführen.

Ebensowenig sehen die Frauen in dem zweiten Manne den eigenen früheren Kindern gegenüber den „Stiefvater“. Sie erkennen meist an, daß er auch für die nicht von ihm stammenden Kinder sorgt. Stoff zur Klage gibt dagegen der Frau in der zweiten Ehe nicht selten die Eifersucht, oft vielleicht nicht unbegründet, nicht selten aber doch übertrieben. Sie gilt wohl auch der ersten Frau des Mannes, falls dieser ebenfalls schon einmal verheiratet war, ist aber oft auch durch Erfahrungen der ersten Ehe und vielleicht durch ein mangelndes Selbstvertrauen begründet. Fälle, in denen Frauen öfter als zweimal heirateten, sind uns nicht vorgekommen, dagegen einige Fälle, in denen Frauen zweimal geschieden wurden.

Diese Frauen haben aber jedesmal energisch erklärt, nun heirateten sie nicht wieder, sie hätten „genug davon“. Daß die Männer sich häufiger und schneller wieder verheiraten, ist eine Folge der Tatsache, daß sie eben für die Wirtschaft „eine Frau brauchen“, wie viele offen sagen. Die Frau wird auch ohne den Mann fertig, besonders gegenwärtig, wo auch der Mann als Ernährer nicht mehr so durchgehend in Frage kommt, wie dies früher geschah, einmal der Arbeitslosigkeit wegen, zum anderen durch die größere selbständige Arbeitstätigkeit der Frau.

Hinzugefügt sei noch, daß die oben erwähnten Beobachtungen ziemlich gleichmäßig sich wiederholten bei Angehörigen der verschiedensten Lebenskreise. Sie sind also augenscheinlich in der Verschiedenheit der Charakteranlage von Frau und Mann begründet. Henni Lehmann.

Nochmals: Natürliche Schwangerschaftsverhütung

Über die (in Nr. 22 der MZ) behandelte natürliche Schwangerschaftsverhütung sind, wie es bei neuen Ideen gar nicht anders sein kann, die Meinungen geteilt. Wir geben darum eine kurze Erweiterung auf den genannten Aufsatz wieder, die in eine Mahnung zur Vorsicht ausklingt. Was es mit dieser neuen Schwangerschaftsverhütung auf sich hat, kann nur eine längere praktische Erfahrung dartun. Schriftleitung.

In Nr. 22 der MZ befaßt sich ein mit Sz. unterzeichneter Aufsatz mit dem augenblicklich sehr aktuellen Problem der natürlichen Schwangerschaftsverhütung. Ich weiß nicht, inwieweit der Verfasser die von ihm empfohlene Methode für sich selbst anwendet; jedenfalls bewundere ich seinen Optimismus und halte ihn für so ehrlich, daß er einen Mißerfolg der Mitwelt nicht vorenthalten wird.

Wenn wir die Dinge ganz nüchtern betrachten, dann kommen wir zu folgender Feststellung: Es ist bezeichnend, daß sich gerade die größte Gegnerin aller neuen Sexualprobleme, die katholische Kirche, der Ogino-Knausschen Methode mit einer Inbrunst annahm und ihren Gläubigen so warm ans Herz legte, daß die Sexualreformer stutzig wurden. Wenn die Sexualreformer in ihren, der breiten Masse zugänglichen Aufklärungsschriften auch heute noch behaupten, daß es keine empfangnisfreien Tage gibt, so lassen sie sich hierbei von der Verantwortung gegenüber dem Proletariat leiten. Doch lassen wir einmal die Sexualreformer selbst sprechen. Im Aprilheft: „Liebe und Leben“, dem Hauptblatt der Liga für Mutterschutz, schreibt der Berliner Mitarbeiter Dr. Levi-Lenz: „Soweit wir heute übersehen können, ist die Knaussche Ansicht von der beschränkten Beschwängerungsmöglichkeit mindestens unbewiesen und irreführend. Ich rate allen Ehepaaren dringend, sich nicht auf diese zwar sehr schönen, aber sehr unzuverlässigen Ansichten zu verlassen.“

Der bekannte Berliner Stadtarzt Dr. Hodann schreibt im Februarheft der Sexual-Hygiene vom „noch nicht als absolut sicher erwiesenen Weg von Knaus und Smulder“. Derselbe Arzt richtet an seinen Kollegen Knaus die nicht ganz unberechtigte Frage: „Wenn durch Gottes unerforschlichem Ratsschluß sich ein Ehepaar bei ihrer Methode verrechnet, werden Sie ihm dann helfen?“

Und nun zum Schluß der Schriftleiter Jo. Mausevski von „Liebe und Leben“ im Maiheft: „Unserer Auffassung nach müssen all die aufgeworfenen Fragen erst einmal vor das kritische Forum der Öffentlichkeit gebracht und weiter geklärt werden, ehe wir die Verantwortung für die Sicherheit dieser Methode übernehmen.“ Gunc.



Verbandsleben



Die Erwerbslosen-Unterstützung des DMV

Der Sinn der Ausführungen des Kollegen in Nr. 20 der MZ geht dahin, die Erwerbslosenunterstützung zu kürzen. Möge man zur Unterstützungsfrage stehen wie man will, ein Für und Wider gibt es immer. Daß Erstaunliches auf dem Gebiet der Unterstützung von unserem Verbandsmitgliedern ist, wird jeder anerkennen; aber es ist auch von den Mitgliedern eine Leistung, bei dem kargen Verdienst noch den Verbandsbeitrag zu entrichten, der dem heutigen Einkommen keineswegs mehr gerecht ist. Zu bedenken ist aber, ob gerade durch die Kürzung der Erwerbslosenunterstützung die Sanierung der Hauptkasse erfolgen soll. Wenn der Kollege in Nr. 20 der MZ schreibt, daß er mit den meisten Kollegen einig ist in dem Gedanken, daß der Topf nicht ganz geleert werden darf, so hat er vollkommen recht. Ein erheblicher Fonds muß bleiben, dann gleich heißt es jedoch weiter, ganz abgesehen von dem Invalidenfonds, der erhalten werden muß.

Hier möchte ich einhaken und bemerken, daß der Artikelschreiber sehr leicht in den Verdacht kommen kann, daß er nicht so schnell arbeitslos wird, da er doch mehr Gewicht auf die Erhaltung des Invalidenfonds legt. Ist es nicht angebracht, wenn man nun schon über Einsparungen reden muß, die Invalidenunterstützungssätze zu kürzen? In den Genuss der Invalidenunterstützung kommen doch nur die Kollegen, die schon aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, dagegen bei der Erwerbslosenunterstützung diejenigen Kollegen, die aktiv mit der und für die Organisation kämpfen müssen. Daß diese Kräfte gerade in Krisenzeiten mehr gefördert werden müssen, bedarf wohl keiner Beweise, denn auch eine Arbeitslosigkeit von zwei Jahren und mehr, wie sie heute üblich ist, wirkt doch sehr auf einen Menschen, selbst wenn er noch so eine Kämpfernatur ist.

Damit soll aber nicht gesagt werden, daß man die alten Kämpfer benachteiligen muß, bloß weil sie Invaliden sind. Ausschlaggebend ist, daß die Invalidenunterstützung laufend bis zum Ableben gezahlt wird, während die Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung begrenzt ist. Auch ist nicht zu vergessen, daß bei der Erwerbslosenunterstützung bereits ein Abbau vorgenommen worden ist. Wenn also eine Kürzung notwendig ist, dann Kürzung der Invalidenunterstützung und nicht der Erwerbslosenunterstützung. Hermann Weiß.

Betrachtungen

zur Verbands-Jahresabrechnung

Bei den fortwährenden Lohnkürzungen, besonders bei der Vierten Notverordnung, die einen umfassenden Preisabdruck herbeiführt, ist auch von den Kollegen die Frage nach einem Abbau des Verbandsbeitrages gestellt worden. Die Frage war verständlich bei der fortschreitenden Verringerung des Lohnes. Die Kollegen haben darüber lebhaft gestritten und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß in dieser Krise der Verband finanziell auf der Höhe gehalten werden muß. Die schweren Opfer müssen gebracht werden, damit der Verband den Forderungen seiner Mitglieder gerecht werden und ungeschwächt über die schwerste aller Krisen hinwegkommen kann. Die Abrechnung zeigt, daß diese Auffassung die richtige war. Die Kassenzahlen sind der beste Beweis für die Anforderungen, die an den Verband gestellt waren. Beobachten wir die Einnahmen des Verbandes, die bekanntlich nur aus den Mitgliederbeiträgen bestehen, so finden wir die große Summe von rund 30 Millionen Mark. Andere Einnahmen hat ein Arbeiterverband nun einmal nicht. Diese Einnahmen stehen genau 30 Millionen Mark Ausgaben für Sozial- und Streikunterstützung gegenüber. So ist der Fall zu verzeichnen, daß die Verbandskasse das gesamte Beitragseinkommen allein für diese zwei Unterstützungsarten an die Mitglieder zurückgegeben hat. Diese zwei Unterstützungsarten machen drei Viertel der gesamten geldlichen Verbindlichkeiten aus. Die anderen Verpflichtungen des Verbandes haben mit Mitteln gedeckt werden müssen, die für die äußerste Not aufgespart waren. Wäre durch Beitragsminderung eine Mindererhebung zu verzeichnen, dann hätte der Verband in der Krise seinen Mitgliedern nicht die Hilfe angezeihen lassen können, wie es tatsächlich geschehen ist.

Jugend im Freiwilligen Arbeitsdienst

Der Freiwillige Arbeitsdienst ist noch sehr besserungsbedürftig. Er darf nicht in Annäherung der Jugend und Tariflohndruck ausarten. Dies wird verhindert, indem man den Teilnehmern für ihre Leistung ein angemessenes Entgelt gibt in Gestalt von guter Verpflegung, Arbeitskleidung, Unterkunft, ordentliches Taschengeld und geistiger Schulung.

Der Staat finanziert bekanntlich den Freiwilligen Arbeitsdienst, für den er die Arbeitsämter als Behörden eingesetzt hat. Es dürfen nur solche Arbeiten ausgeführt werden, die sonst aus Mangel an Mitteln unterbleiben würden. Darunter fallen hauptsächlich Bodenverbesserungen, Herrichten von Siedlungs- und Kleingartenland, Verkehrsverbesserungen, Sportplätze, Forstarbeiten und ähnliches mehr. Für derartige Arbeiten sind von September 1931 bis Februar 1932 insgesamt 1127 Maßnahmen eröffnet worden, und von diesen wurden 35045 Jugendliche erfasst. Träger der Arbeiten sind meist Gemeinden, Forstverwaltungen, Verbände und sonstige Organisationen. Träger des Dienstes sind entweder Vereine oder Verbände (zum Beispiel Reichsbanner, SAJ, Jungvolk usw.).

Von den 1127 Maßnahmen entfallen auf öffentlich-rechtliche Körperschaften 415, auf Kirchen und katholische Verbände 152, auf Siedlungs- und Kleingartenvereine 51, Jugend- und Sportverbände 341, Wasser- und ähnliche Genossenschaften 80 und auf sonstige Verbände 86. Unter die letzteren fallen auch die Volkshochschulheime, die den Dienst durchgeführt haben. Bei diesen steht der Dienst etwa folgendermaßen zum:

Es wird täglich 6 Stunden gearbeitet, und zwar im Wege- und Gartenbau, Forstbau und Verbesserung der betreffenden Heime. Dafür bekommen die Teilnehmer Unterkunft, Verpflegung, ein wöchentliches Taschengeld von 2 M und täglich zwei bis drei Stunden Unterricht. Unterrichtsbücherei sind Erziehungsfragen, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftslehre. Die Volkshochschulheime haben es sich teilweise zur Aufgabe gemacht, Helfer für den Freiwilligen Arbeitsdienst heranzubilden. Die praktische Arbeit liegt meistens in den Vormittagsstunden, während der Unterricht auf die Nachmittags- und Abendstunden verteilt ist.

Von großer Bedeutung ist auch das Gemeinschaftsleben, das sehr erfolgreich auf den Jugendlichen wirkt. Das Arbeitsamt schreibt für die praktische Arbeitszeit eine bestimmte Leistung vor, die etwa 10 vH unter der Normalleistung von Facharbeitern liegt. Teilnahmeberechtigt sind nach den jetzigen Bestimmungen Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung im Alter von 21 bis 27 Jahren, bei denen die Unterstützung für die Dauer des FAD mit verrechnet wird.

Ferner können Jugendliche im Alter von 18 bis 21 Jahren teilnehmen, denen aus familienrechtlichen Gründen ein Anspruch auf Unterstützung durch die Notverordnung entzogen ist. Hier zeigt sich ein großer Mangel insofern, als Jugendliche über 21 Jahre, die von der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ausgeschlossen sind und vielleicht nicht einmal Wohlfahrtsunterstützung bekommen, am FAD nicht teilnehmen können.

Wichtig sind auch die seelischen Einwirkungen des Dienstes auf den Jugendlichen, indem er wieder in den Arbeitsprozeß hineingezogen wird und seine Arbeitskraft zum Gemeinwohl verwendet wird, er sich also nicht mehr überflüssig vorkommt.

Die freien Gewerkschaften und Linksparteien lehnten im Anfang den FAD mit der Begründung ab, daß dadurch der Weg zur Arbeitsdienstpflicht freigemacht werden könnte. Die Befürchtung war und ist berechtigt. Dies kann aber verhindert werden, wenn sich die freien Gewerkschaften und Linksparteien mit dem FAD beschäftigen, wie es ja auch jetzt geschieht. Um die Mängel des FAD zu beseitigen und ihn zum Nutzen der erwerbslosen Jugend auszubauen, ist es unbedingt notwendig, daß sich die Gewerkschaften noch stärker und ständig mit ihm beschäftigen. Walter Schulz.

Berücksichtigt die kleinen Berufe

Ein Graveur, der drei Jahre schon auf der Straße liegt, schreibt uns:

In Nr. 19 nimmt Kollege Schneider zur Frage „Jugend und Wirtschaftskrise“ Stellung. Der Aufsatz schildert klar die Lage des jugendlichen Arbeiters, so daß in dieser Hinsicht nichts Wesentliches hinzugefügt werden kann. Leider geht er aber an der Frage vorbei: Was können wir tun, um den jungen Arbeitern zu helfen? Es genügt nicht, nur zu fordern. Von dem Gerede der Arbeitsbeschaffung muß zur Tat übergegangen werden. Denn so reden wir schon seit Jahren, ohne daß es bisher gelungen wäre, wirklich Entscheidendes durchzusetzen. Es müssen aber neben unserem großen Kampf um die Beseitigung der Wirtschaftskrise Möglichkeiten gefunden werden, unseren jungen Kollegen zu helfen.

Der junge Arbeiter wird an dem Tage auf die Straße geworfen, wo er all das, was er während der drei oder vier Lehrjahre gelernt hat, verwerten soll. So geht es heute den meisten der jungen Kollegen, die seit 1929 die Lehrstelle mit dem Arbeitsamt wechselten. Die Folge davon ist, daß Hunderttausende später, wenn sie wieder einmal in den Betrieb kommen, weniger leisten können. Da wir wahrscheinlich noch lange zahlreiche Arbeitslose haben werden, so werden gerade diese genannten Jahrgänge einen schweren Kampf zu bestehen haben. Denn der Unternehmer fragt nicht danach, daß ein Stück verlorengegangene Berufsausbildung nachgeholt werden muß, sondern bei ihm entscheidet nur die Leistung des Arbeiters.

Hier sehe ich den entscheidenden Angriffspunkt einer wirklichen Hilfe für den jungen erwerbslosen Arbeiter. Wir als Gewerkschaften müssen erreichen, daß der junge Arbeiter in Kursen, die nicht nach 4 und 6 Wochen zu Ende sind, die Möglichkeit hat, praktisch in seinem Beruf zu arbeiten. Vor allem aber auch für die kleinen Berufe, die, wenn wirklich von den Jugendämtern in dieser Richtung etwas getan wurde, völlig übergangen wurden. Die dringende Notwendigkeit solcher Ausbildungsmöglichkeiten wird klar, wenn ich höre, daß junge Maurer sich nur deshalb zum Arbeitsdienst melden, um in der Berufsarbeit zu bleiben, um nicht aus dem Gleis zu kommen. Für die praktische Durchführung scheinen mir die Werkstatteinrichtungen der städtischen Fachschulen geeignet. Und die Schulverwaltung möchte ich sehen, die bei fachmännischer Leitung solcher Kurse, dazu würden sich unter den älteren erwerbslosen Kollegen bestimmt genügend finden, die Benutzung dieser Räume verweigerte. Es sollte nur erst einmal energisch an die Städte herangegangen werden. Bisher ist ja noch, soviel ich sehen kann, kein Vorstoß unternommen worden. Über die praktische Durchführung und Gestaltung meines Vorschlags müssen dann schon Leute reden, die darin Erfahrungen haben. K. Bienwald.

Bedürftigkeitsprüfer als politische Agenten

Nach 15monatiger Erwerbslosigkeit wurde ich aus der Krisenunterstützung ausgesteuert und der E.H. (sprich: „Ewige Hilfe“) überwiesen. Die geringe Höhe der Wohlfahrtsunterstützung ermöglicht nur wenigen oder besser niemandem ein ertüchtliches Auskommen und so sieht man sich gezwungen, dann und wann einen Antrag auf Sonderunterstützung einzureichen. Obwohl jedermann die Notlage eines Ledigen anerkennen mußte, der wöchentlich nur 8 bis 9 Mark Unterstützung erhält, so halten es die Bezirksämter dennoch für notwendig, durch Prüfer oder Prüferinnen den Tatbestand festzustellen, und zwar durch Besuch bei den Antragstellern.

Meine Wohlfahrtspflegerin hatte die Angewohnheit, bei jedem Besuch das Gespräch auf Politik zu lenken, was meines Erachtens durchaus nicht zur Wohlfahrtspflege gehört. Ich war so vorsichtig, mit Ja oder Nein zu antworten, weil ich wirklich nicht wollte, wo sie hinielte. Einem Antrag auf Kleidung sollte entsprechen werden, wenn ich den Nachweis erbrachte — Mitglied der Kirche zu sein. Weiter ist bezeichnend, daß mir gegen geringes Entgelt gutes Essen geboten wurde in einer Kirche — von politischem Charakter, außerdem Eintrittsgeld für politische Versammlungen usw.

Habe ich alle diese Angebote abgelehnt, so dürfte es nicht jedem gegeben sein, den Verlockungen zu widerstehen, denn jeder arme Teufel ist von dem Urteil abhängig, daß über seine Bedürftigkeit abgegeben wird. Gleich mir mögen viele nun solcher politischen Beeinflussung ausgesetzt sein. Es wäre an der Zeit, diesem Treiben ein Riegel vorzuschieben. Ein Wohlfahrtserwerbsloser.

Wetterfestigkeit der Hamburger Gewerkschaften

Der Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB übergibt seinen Geschäftsbericht über das Jahr 1931 der Öffentlichkeit. Wer einen Einblick in die Arbeit eines Ortsausschusses von Bedeutung erhalten will, muß die 100 Seiten starke Schrift lesen. Auf Einzelheiten können wir leider nicht eingehen. Erfreulich ist es, daß der Mitgliederbestand einigermaßen stabil geblieben ist. Im Berichtsjahr fand ein Rückgang von 202.807 auf 186.203 statt. Wenn man bedenkt, daß der Schülern, der Hamburger Hafen und andere maßgebende Wirtschaftszweige Hamburgs vollständig daniederlagen, ist eine solche Stabilität der Mitgliederzahl wirklich ein eindrucksvolles Zeichen von der Auswirkung einer wohlüberdachten Gewerkschaftsarbeit. Die Hauptkassenmaßnahmen der Hamburger Gewerkschaften sind von 9,6 auf 7,4 Millionen zurückgegangen. Den größten Teil der Ausgaben macht die Arbeitslosenunterstützung aus.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 12. Juni, ist der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Juni 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorstand

Verbandsanzeigen

Görlitz; Krefeld; Kolberg. Lokalgeschenk wird nicht mehr gezahlt.

Jubilare feiern

In Bensheim a. d. B. fanden sich die Mitglieder zusammen, um einem Kollegen für seine 25jährige Verbandstreue zu danken. Wir sind stolz darauf, führte der Vorsitzende Stöndal aus, daß wir mit dem jetzigen Jubilar drei Kollegen in unserer kleinen Ortsverwaltung haben, die 25 und längere Jahre dem Verband die Treue hielten. Besonders gilt dies der Jugend, die jetzt so dünn in der Organisation gesät ist. Zum Dank und Anerkennung wurde dem Jubilar ein Diplom sowie die Ehrennadel überreicht. Kollege Stadtmüller von der Bezirksleitung Frankfurt a. M. hielt eine die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse beleuchtende Ansprache; am Schlusse dankte er den Frauen, die mit ihren Männern in schwerster Zeit zusammenstehen. Hierauf gab Kollege Stadtmüller noch Bericht von den für die Schmieße schwebenden Tarifverhandlungen. Nach einem gemütlichen Beisammensein fand die schlichte Feier ihr Ende.

Unsere Ortsverwaltung in Osterode a. H. hat die 25jährige Mitgliedschaft von 18 Kollegen ernst und würdig geehrt. Die Festansprache hielt der Bezirksleiter, Kollege Striefler, Hannover. Er schilderte die Entwicklung der Organisation und die opferreiche Tätigkeit der älteren Kollegen. Wenn jetzt in der schweren Krisenzeit die Organisation in die Defensive gedrängt sei, so müßten mehr als je auch die älteren Kollegen bereitwilligst im Dienste der Organisation werdend, aufklärend und aufmunternd tätig sein. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß bei der Jugend das Solidaritätsgefühl nachhaltig zu wecken sei. Mit einer Ermahnung an die jungen Kollegen, den alten und den Jubilaren nachzueifern, schloß Kollege Striefler seine beifällig aufgenommene Rede. Nachdem den 18 Jubilaren Ehrenurkunde nebst Ehrennadel überreicht und ihnen nochmals der Dank für ihre Treue abgestattet worden war, tauschten die Versammelten in gemütlichem Beisammensein ihre Erlebnisse aus. Möge die Jugend sich die Jubilare als Vorbild nehmen.

Unsere Ortsverwaltung in Völklingen veranstaltete am Sonntag, 22. Mai, in Wehrden ihre zweite Jubilarefeier. Karl Klamm ist der zweite Kollege unserer Verwaltung, der auf eine 25jährige Mitgliedschaft im DMV zurückblicken kann. In anerkennenswerter Weise hatte sich wiederum der Arbeitergesangverein (Frauen- und Männerchor) zur Verschönerung des Abends zur Verfügung gestellt. Kollege Backes begrüßte die zahlreich Erschienenen im Namen der Ortsgruppe, insbesondere begrüßte er auch unseren ersten Jubilar, den Kollegen Lorenz. Der Bevollmächtigte, Kollege Weiß, sprach dann dem Kollegen Klamm den Dank aus für treue Pflichterfüllung und forderte die Anwesenden auf, auch für die Zukunft der Organisation die Treue zu bewahren. Sodann überreichte er den Jubilaren im Namen der Ortsverwaltung die Ehrenurkunde. Kollege Klamm seinerseits dankte für die Ehrung und forderte ebenfalls zur weiteren Mitarbeit im Verbandsauf.

Professor Herkner †

Mit Prof. Heinrich Herkner ist ein echter Sozialpolitiker alter Schule zu Grabe getragen worden. Er war ein Junger Brentanos. Mit ungewöhnlichem Fleiß ging er daran, die sozialen Verhältnisse in der Frühzeit der deutschen Industrie zu studieren. Neben Brentano hat Prof. Herkner im Verein für Sozialpolitik eine große Rolle gespielt. Sein bedeutsames Buch Die Arbeiterfrage, das 1894 erschien, hat berechtigtes Aufsehen im In- und Auslande erregt. Vor allem deshalb, weil hier ein Gelehrter von Ruf tatkräftig für die Sozialpolitik eintrat und namentlich den Gewerkschaften Gerechtigkeit angedeihen ließ. Das Buch galt als ein Standardwerk der Sozialpolitik. In der Nachkriegszeit hat Prof. Herkner eine Schwankung vollzogen. Er stand in dieser Beziehung unter den bürgerlichen Sozialpolitikern nicht allein. Als die Arbeiterklasse infolge der Umwälzung in die Lage kam, die Sozialpolitik nach eigenem Wunsch zu formen, da wandten sich auch gute Freunde von ihr ab. Trotzdem ist Herkner nicht wie manche andere zu den Reaktionen hinübergeschwenkt, sondern ein bürgerlicher Demokrat geblieben. Seit 1920 hat er im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats fleißig mitgearbeitet. In einer Zeit, wo die Arbeiterbewegung noch ganz allein stand, hatte Herkner den Mut, offen für sie einzutreten und in bürgerlichen Kreisen sozialpolitisch tätig zu sein. Das wollen wir ihm hoch anrechnen.

Anträge zum Verbandstag in Dortmund

(Fortsetzung von Seite 140)

Minden. Der Vorstand bestimmt, welche Verwaltungen mit Geschäftsführern auf Grund eines Tarifgebietes oder Regierungsbezirks zusammengelegt werden müssen, um Ersparnisse bei Klagen vor dem Oberversicherungsamt, den Arbeitsgerichten, Spruchausschüssen usw. zu machen, ohne die Bezirksleitung in Anspruch zu nehmen.

Neugersdorf. Der Vorstand wird beauftragt, Verwaltungsstellen, die in einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet liegen, zusammenzulegen und eine Abgrenzung der Verwaltungsstellenbezirke vorzunehmen.

Nienburg a. d. Weser. Der Verbandstag wolle beschließen, den zwischen dem DMV und dem Fabrikarbeiter-Verband bestehenden Kartellvertrag aufzuheben.

Wetzlar. Die Agitation für den DMV ist durch ein periodisch unter die Nichtorganisierten zu verteilendes Flugblatt in verstärktem Maße zu fördern. Die Flugblätter sind möglichst kurz und einfach verständlich zu halten, da übermäßig lange Schriftsätze in der heutigen Zeit nicht den gewünschten Erfolg versprechen.

G. Geister, Liegnitz. Der Verbandstag wolle beschließen, daß der Vorstand des DMV beauftragt wird, unverzüglich mit dem Vorstand des ADGB zu verhandeln und zu fordern, daß sämtliche freien Verbände in den Spitzen und Verwaltungen im Reiche organisatorisch zusammengefaßt werden. Eine zentrale Kassierung der Beiträge würde viel Verwaltungsarbeit und Geld ersparen, wenn die Kassierung, gleichviel für welchen Verband, von einer Person gemacht würde.

Schmidt u. Gen., Ludwigsburg. Der Verbandstag beschließt: Jede Verschmelzung mit den Hirsch-Dunkerschen und christlichen Verbänden, außer auf der revolutionären Grundlage des § 1 Abs. III des Statuts, abzulehnen.

Notverordnungen

A. Hacker, Bayreuth. Von den Abgeordneten des DMV in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist darauf hinzuwirken, daß keine Notverordnung, die für die Werkstätten Verschlechterungen bringt, mehr angenommen oder unterstützt wird.

Opladen. Im Verlaufe der letzten zwei Jahre sind durch Notverordnungen und sonstige staatliche Maßnahmen unerhörte Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung sowie der übrigen sozialpolitischen Einrichtungen eingetreten. Es sei erinnert an die Verschlechterungen für die Saisonarbeiter, an die Herausnahme der Jugendlichen und der verheirateten Frauen, an die Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf nur 20 Wochen, an die Verlängerung der Wartezeiten, der Sperrvorschriften, an die rigorose Herabsetzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung.

Der Verbandstag beschließt, daß der DMV unverzüglich mit dem ADGB, dem AFA usw. sowie mit den sozialistischen Arbeiterparteien den Kampf um die Rückgängigmachung aller Verschlechterungen, die seit dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung eingetreten sind, aufnimmt. Das weitere Ziel des Kampfes muß sein: volle Unterstützung der Erwerbslosen während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit, Fortfall aller Wartezeiten, der Bedürftigkeitsprüfung in jeder Form.

Degleichen sind alle Rentenkürzungen in der Invaliden- und Unfallversicherung, die Anrechnung der Renten aufeinander und auf die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung sowie alle weiteren Verschlechterungen sofort rückgängig zu machen. In der Krankenversicherung ist zumindest die frühere Höhe der Kassenleistungen wieder herzustellen, Fortfall der 50-Pf.-Gebühr für den Krankenschein, volle Kassenleistungen für alle Familienangehörigen.

Die Mittel zur Deckung des Finanzbedarfs für diese Maßnahmen sind aus einer scharfen Besteuerung der Besitzenden, aus der Streichung aller Ausgaben für Reichswehr, Polizei und Kirche, aller Pensionen und Abfindungen an die kaiserlichen Offiziere, Minister, an die Fürsten und Standesherrn, durch Kürzung aller Gehälter und Pensionen über 6000 M jährlich aufzubringen.

Der Verbandstag erwartet, daß der Verband mit den verbündeten gewerkschaftlichen Organisationen und politischen Parteien die wirksamen Mittel zur Einleitung des Kampfes für die Erreichung dieses Zieles ergreift.

Suhl. Der Vorstand wird beauftragt dafür zu wirken, daß die Notverordnungen, die die Grundlagen der Gewerkschaften zerstören, beseitigt werden.

Velbert. Nach dem Fünften Teil Kapitel IV Abschnitt 1 § 10 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 ruht die Invalidenrente ganz oder zum Teil, wenn Bezüge aus dem Reichsversicherungsgesetz vorhanden sind. Diese Bestimmungen bedeuten eine außerordentliche Härte für den Betroffenen, zumal der körperliche Zustand durch die Kriegsverletzung in den meisten Fällen sehr beeinträchtigt ist und besondere Pflege erforderlich macht. Das gleiche trifft für die Schwerverletzten durch Betriebsunfall zu. Der Verbandstag verlangt deshalb von der Reichsregierung die Aufhebung dieser Bestimmungen der Notverordnung.

Sozialgesetzgebung und Arbeitsrecht

a) Arbeiterinnenschutz

Leipzig. Die Verordnung vom 21. März 1932 über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Glasindustrie stellt einen Einbruch in den Arbeiterinnenschutz dar und dient lediglich der Vermehrung des Unternehmerprofites. Diese Verordnung muß ein Warnungssignal sein, daß in anderen Industrien nicht gleiche Verschlechterungen zur Einführung kommen.

Der Verbandstag erhebt schärfsten Protest dagegen und fordert, daß endlich ein Arbeiterinnenschutzgesetz Gesetzeskraft erlangt, das in allen seinen Teilen für alle gegen Lohn oder Gehalt tätigen weiblichen Personen einen wirklichen Schutz enthält, und dessen Durchführung entsprechende Strafparagrafen garantiert.

R. Hanselmann u. Gen., Stuttgart. Nicht nur die Zunahme der Frauenarbeit im allgemeinen, sondern im besonderen die verhältnismäßig stärkste Zunahme der Arbeiterinnen in der Metallindustrie, muß dem DMV Veranlassung geben, den besonderen Schutzbestimmungen der Arbeiterinnen besondere Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen.

Darum beschließt der Verbandstag: Der Vorstand möge mit allen Mitteln eintreten:

1. für das Verbot des Tragens schwerer Lasten.
2. bei stehender Beschäftigung für Ruhepausen mit Sitzgelegenheit.
3. für Schutzkleidung.

Für die schwangere Arbeiterin, die eines besonderen Schutzes bedarf, ist anzustreben:

- Befreiung von der Erwerbsarbeit 3 Monate vor und 2 Monate nach der Niederkunft bei Vergütung des entgangenen Arbeitsverdienstes.
- Kündungsverbot bis zu 12 Monaten nach der Niederkunft. Stillpausen während der Arbeitszeit unter Bezahlung des Lohnes.
- Schaffung von Stillkrippen.

b) Arbeitszeitverordnung

(vom 23. November 1918, 18. März 1919, 14. April 1927)

Lüdenscheid. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken, daß die Arbeitszeitverordnung so abgeändert wird, daß in Zukunft jede Überarbeit über die in § 1 der Verordnung festgesetzte Arbeitszeit hinaus bestraft wird, wenn sie nicht genehmigt war. Eine nachträgliche Genehmigung ist nicht zulässig. Eine Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn nachgewiesen wird, daß das zuständige Arbeitsamt keine geeigneten Arbeitskräfte zur Vermeldung der Überarbeit vermitteln konnte. Auf keinen Fall darf die Bestimmung etwa die Einschränkung erhalten, daß die Einstellung von Arbeitskräften davon abhängig gemacht wird, ob die Einstellung dem Arbeitgeber zugemutet werden kann.

Die so geänderte Arbeitszeitverordnung findet auch entsprechende Anwendung, wenn an Stelle der bisherigen 48stündigen Wochenarbeitszeit die 40stündige Arbeitswoche durch Gesetz bestimmt wird.

c) Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG)

Braunschweig. Der Vorstand möge beschließen, auf den Bundesvorstand des ADGB einzuwirken, um die Übertragung der Arbeitslosenversicherung auf die Gewerkschaften zu verhindern. Die nachteiligen Auswirkungen des Genter Systems für die Gewerkschaften in Belgien, der Tschechoslowakei usw. sollten eine Warnung sein.

Breslau. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß der § 65 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung folgende Fassung erhält:

„Alle offenen Arbeitsstellen sind dem zuständigen Arbeitsamt zu melden. Die Vermittlung aller Arbeitskräfte erfolgt durch das Arbeitsamt mit der Maßgabe, daß die langfristigen Arbeitslosen bevorzugt vermittelt werden.“

Harburg a. E. Der Verbandstag wolle beschließen, eventuell mit Unterstützung des ADGB den Reichsarbeitsminister zu ersuchen, gemäß § 65 des AVAVG den Meldezwang für offene Stellen anzuordnen.

Leipzig. § 58 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gliedert sich in Zukunft in drei Absätze:

Absatz 1 erhält nachstehenden Wortlaut:

„Alle offenen Arbeitsplätze für Arbeitnehmer, welche der Kranken- und Angestelltenversicherung unterliegen, sind dem zuständigen Arbeitsamt zu melden.“

Die Neubesetzung der vorgenannten offenen Arbeitsplätze muß durch Vermittlung des zuständigen Arbeitsamtes erfolgen.“

Die §§ 65 und 65a des gleichen Gesetzes kommen in Wegfall.

Limburg a. L. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand dahin zu wirken, daß § 75a aus dem AVAVG gestrichen wird. Im Falle dieser Paragraph nur eine Änderung erfahren sollte, dann soll der Vorstand dafür sorgen, daß die Zahl der Arbeitsstunden von 30 auf 18 pro Woche, die Verdienste in der Woche von 10 M auf 3 M und im Monat von 45 M auf 12 M herabgesetzt werden.

Im Absatz 3 ist hinter dem Wort Lehrling folgend einzufügen: „und jugendlicher unter 20 Jahren“.

Limburg a. L. Beamte, welche auf Grund der „Grenze über Versicherungsfreiheit“ keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisten brauchen, werden künftig gesetzlich verpflichtet, Beiträge zu entrichten; ohne daß sie Anspruch auf Unterstützung erwerben können.

Lüdenscheid. Das AVAVG bedarf dringend der Verbesserung. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, damit

1. der unzweideutige Unterstützungsanspruch für Arbeitslose bis zu 21 Jahren wieder hergestellt wird,
2. desgleichen für verheiratete Frauen,
3. bei der Prüfung und Errechnung der Krisenfürsorgeunterstützung das Einkommen rechtlich nicht gegenseitig unterhaltungspflichtiger Familienmitglieder außer Ansatz bleibt.

Meuselwitz. Vorstand und ADGB haben dafür einzutreten, daß eine Abänderung des Arbeitsnachweisgesetzes dahingehend Platz greift, die den Arbeitgebern den Einstellungs- und Benutzungszwang auferlegt.

Urberach. In einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken sind die weiblichen Arbeitnehmer in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern durch die von den Vorsitzenden der Landesarbeitsämter erlassenen Richtlinien von der Gewährung der Krisenunterstützung ausgeschlossen. Wir halten diese Maßnahme für eine unbillige Härte gegenüber den weiblichen Arbeitnehmern in den ländlichen Gemeinden. Der Verbandstag beschließt deshalb, daß der Hauptvorstand bei dem Reichsarbeitsminister vorstellig wird, damit diese erlassenen Bestimmungen rückgängig gemacht werden.

Velbert. Die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge erfüllt nicht die ihr zugewiesenen Aufgaben. Das Los dieser von der allgemeinen Wohlfahrtspflege betreuten Opfer der Wirtschaftskrise ist allmählich unerträglich. Der Verbandstag fordert deshalb von der Reichsregierung die Schaffung einer Reichsarbeitslosenhilfe, die den gegenwärtigen Zeitverhältnissen gerecht wird.

Waldenburg i. Schl. Der Verbandstag beschließt, daß der Vorstand mit Nachdruck daraufhin wirkt, daß die jeweilige Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten sich auch auf die über Tage beschäftigten Arbeiter erstreckt.

Wernigerode. Der Verbandstag wolle beschließen, den Vorstand des DMV und ADGB zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, daß der Reichsfürsorgeverband verpflichtet wird, die Pflichtmarken der Sozialversicherung für die Wohlfahrtserwerbslosen zu zahlen, da die Wohlfahrtserwerbslosen mit ihrem ganz geringen Einkommen diese Beiträge nicht aufbringen können.

d) Heimarbeitschutzgesetz

Lüdenscheid. Es ist nichts seltenes, daß bestimmte Artikel sowohl im Betrieb, wie auch in Heimarbeit hergestellt werden. Die Vergütung solcher Arbeiten an Heimarbeiter und -arbeiterinnen erfolgt zumeist deshalb, um dadurch eine Senkung der Akkordverdienste bei den Belegschaften im Betrieb herbeizuführen, die ebenfalls mit dieser Arbeit beschäftigt werden. Das ist sehr leicht möglich, weil man den Heimarbeitern und -arbeiterinnen für die Arbeit einen anderen Preis zahlt, wie den Arbeitern und Arbeiterinnen im Betrieb, ohne daß dagegen rechtlich etwas unternommen werden kann, weil die Heimarbeiter und -arbeiterinnen meistens ja außerhalb der lohnrechtlichen Regelung stehen, die für die Beschäftigten im Betrieb gilt. Ist es dem Unternehmer gelungen, die Arbeiten in Heimarbeit billiger hergestellt zu bekommen, dann läßt er diese Arbeiten für die Folge nicht mehr im Betrieb machen, weil

er dann ja auch gleichzeitig noch einen Teil der sonstigen Betriebskosten erspart und die sonst damit Beschäftigten werden wegen Arbeitsmangel entlassen.

Es ist ferner vielfach festzustellen, daß Heimarbeit auch an im Betrieb voll beschäftigte und bevorzugte Arbeiterinnen, Arbeiter und technische Angestellte (Faktoren, Meister usw.) ausgegeben wird. Dabei handelt es sich meistens um Arbeiten, die gemessen an den sonstigen Preisen für Heimarbeiten, noch einen leidlichen Verdienst ermöglichen. Durch Vergebung von Heimarbeiten an im Betrieb Vollbeschäftigte wird jedoch all denen, die sich in erster Linie ihren Verdienst durch Heimarbeit erwerben müssen, diese Erwerbsmöglichkeit genommen.

Um all diesen Übelständen abzuhelfen, beauftragt der Verbandstag den Vorstand, dahin zu wirken, daß eine entsprechende Verordnung zum Hausarbeitsgesetz erlassen wird, die bestimmt:

1. daß Heimarbeiter und -arbeiterinnen der lohnrechtlichen Regelung, wie sie für die Betriebsarbeiter gilt, mit unterstellt werden,
2. daß für die in Heimarbeit hergestellten Artikel die gleiche Entlohnung erfolgen muß, die für dieselben und ähnliche Arbeiten im Betrieb bezahlt wird oder bezahlt wurde,
3. daß keine Heimarbeit vergeben werden darf an im Betrieb Vollbeschäftigte.

e) Invalidenversicherung (in der RVO)

Gelsenkirchen, Neugersdorf, Suhl, Wernigerode, sinngemäß auch Th. Berns, Essen. Der Vorstand wird beauftragt, bei den zuständigen Stellen dafür zu wirken, daß die Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 55 Jahre herabgesetzt wird. Der Bezug der Invalidenrente ist nicht von einem Satz von 66 2/3 vH, sondern nach 50 vH der Erwerbsunfähigkeit zu bemessen.

Riesa; Geister, Liegnitz. Dasselbe; jedoch statt 55 Jahre auf 60 Jahre.

Freiburg i. Schl. Der Verbandstag fordert die sofortige Umgestaltung der Sozialversicherung nach folgenden Gesichtspunkten:

Vereinigung der Invaliden- und Angestellten-Versicherung zu einer einheitlichen Invalidenfürsorge.

Herabsetzung der Altersgrenze sowohl in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschafts-Versicherung auf das 50. Lebensjahr.

Anerkennung der Erwerbsunfähigkeit bei 50 vH Herabminderung der Erwerbsfähigkeit. Auszahlung einer Teilrente für jene, die weniger als 50 vH in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind.

Gewährung von Witwenrente für jede Witwe eines Versicherten beim Tode ihres Ehemannes.

Erhöhung der Rente aus der Invalidenversicherung durch Erhöhung des Reichszuschusses.

Aufbringung der Mittel durch die Unternehmer nach dem Prinzip der Unfallversicherung.

Ausbau und Erweiterung der Rechte der Versicherten in den Verwaltungskörpern.

Der Verbandstag verpflichtet die Mitglieder des Verbandes, alle Kräfte für die Durchführung dieser Forderungen einzusetzen, insbesondere verpflichtet er die Reichstagsabgeordneten, die Mitglieder des Verbandes sind, im Reichstag sich für diese Forderungen einzusetzen.

f) Krankenversicherung

Suhl. Immer mehr zeigt sich, daß die Ersatzkrankenkassen sich schädlich für die Arbeiterschaft auswirken. Besonders kraß tritt dieses hervor auf dem Arbeitslosenversicherungsgebiet, wo die Unterstützung nach Grundlohnklassen bemessen wird. Die Verschiedenartigkeit der Grundlohnklassen bei den Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen führt zu schweren Nachteilen der arbeitslosen Kollegen.

Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, seine ganze Kraft einzusetzen für eine einheitliche, leistungsfähige Reichs- und Betriebskrankenkassenversicherung und für Beseitigung aller Ersatz- und Zuschußkassen, sowie für Angleichung der Grundlohnklassen an die Sätze der Arbeitslosenversicherung.

g) Stilllegungsverordnung

vom 8. November 1920 und 15. Oktober 1923.

Lüdenscheid. Soll die Stilllegungsverordnung für die Arbeitnehmer noch den Wert eines bedingten Schutzes haben, dann muß sie auf alle Arbeitnehmer Anwendung finden und darf nicht diejenigen davon ausschließen, die infolge der ungünstigen Wirtschaftslage am ersten einer Entlassung ausgesetzt sind, nämlich die sogenannten unproduktiv beschäftigten Arbeitnehmer, die vorübergehend und befristet eingestellten Arbeitnehmer und die in einer 2. oder 3. Schicht beschäftigten Arbeitnehmer, wenn im letzteren Fall beabsichtigt ist, eine dieser Schichten stillzulegen.

Alle diese Gruppen sind durch die Auslegung, die die Stilllegungsverordnung erfahren hat, von dem bedingten Schutz, der etwa in der Sperrfrist zu erblicken ist, ausgeschlossen. Die Sperrfrist hat auch insofern jeden praktischen Wert verloren, weil jetzt wohl bei jeder Stilllegungsanzeige auch gleichzeitig ein Antrag auf Abkürzung der Sperrfrist gestellt wird, der auch in der Regel genehmigt wird.

Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken,

1. daß die bisherige Anzeigepflicht, die nur formale Bedeutung hat, aufgehoben wird und daß es statt dessen einer Genehmigung zur Stilllegung bedarf;
2. daß alle gewerblichen Betriebe unter die Stilllegungsverordnung fallen;
3. daß mit Ausnahme der im § 1 Abs. 2a und b der Verordnung bezeichneten Arbeitnehmerzahl alle übrigen Arbeitnehmer unter die Bestimmungen der Sperrfrist fallen, auch dann, wenn durch deren Entlassungen keinerlei Betriebsanlagen ganz oder teilweise stillgelegt werden;
4. daß die bisherige Genehmigungsmöglichkeit zur Abkürzung der Sperrfrist fortfällt.

Riesa. Der Verbandstag wolle beschließen, auf die maßgebenden Instanzen einzuwirken, den § 1 Abs. 2a und b der Stilllegungsverordnung dahingehend zu ändern, daß die sofortige Entlassung der zehn Arbeitnehmer bzw. 5 vH aufgehoben wird.

Joh. Maier, Höchst a. M. Der Verbandstag wolle beschließen, bei der Reichsregierung zu beantragen, zur Vorlage eines Gesetzes, welches bei Betriebsstilllegung die Enteignung und bei Sabotage schwere Strafen vorsieht.

Studienreisen nach Rußland

Halle a. S.; F. Herrmann, Elsterwerda u. Linke u. Gen., Weissenfels. Eine aus den Reihen der Mitglieder des DMV gewählte, nur aus Betriebs- und erwerbslosen Metallarbeitern zusammengesetzte Delegation wird zu Studienzwecken, auf Kosten des Verbandes, nach der Sowjet-Union entsandt.

Niesky. Zur weiteren Klärung der tatsächlichen Verhältnisse in den Sowjetgebieten wird vom Verbandstag beschlossen, eine größere Metallarbeiterdelegation nach Rußland zu entsenden.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Wer sparen will,

ohne sich einzuschränken, wähle **CLUB 3 1/2**. Sie ist so groß wie eine durchschnittliche 6 Pfg.-Zigarette und dabei echt macedonisch, also äußerst preiswert.



Anträge zum Verbandstag in Dortmund

(Fortsetzung von Seite 143)

Währungsfragen

J. Fuchs u. Gen., Kaiserslautern. Der Verbandstag wolle beschließen, den schärfsten Kampf zu führen, um die Beseitigung der Goldwährung und als Forderung an deren Stelle, Einführung einer Index-Währung mit Umlaufzwang.

G. Hofmann u. Gen., Hall. Bedingt durch die schwere Wirtschaftskrise in Deutschland, die ungeheure Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Zusammenbruch sowie der politischen Verwirrung, die sich in dem reaktionären Rechtsradikalismus ausdrückt, besteht für die deutsche Arbeiterschaft die große Gefahr, die erregenden Rechte, die in der Gesetzgebung und in der Weimarer Verfassung verankert sind, zu verlieren und die Arbeiterschaft wieder in mittelalterliche Rechtlosigkeit zurückzuwerfen. Wir ersuchen deshalb den Verbandstag eindringlich, kein Mittel unversucht zu lassen und dahin zu wirken, diese große Gefahr von der deutschen Arbeiterschaft abzuwenden. Wir sind der festen Ansicht und haben die Überzeugung, daß eine radikale Änderung der deutschen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nur behoben werden kann, wenn das Deutsche Reich ein anderes Währungssystem einführt.

Es sollte deshalb die vornehmste Aufgabe des Verbandstages sein, seine ganze Kraft einzusetzen, um ein Wirtschaftsgeld einzuführen, das es ermöglichen läßt, endlich über die Wirtschaftskrise hinwegzukommen.

Rich. Schnöbbe u. Gen., Harburg. Der Verbandstag wolle beschließen, den Vorstand aufzufordern, sich endlich mit aktiver Währungs- und Geldpolitik zu befassen und auf den Vorstand des ADGB im gleichen Sinne einzuwirken.

Wiederaufnahme Ausgeschlossener und Anrechnung früherer Mitgliedschaft

Braunschweig. Der Verbandstag möge beschließen, daß allen wegen RGO-Politik ausgeschlossenen früheren Verbandsmitgliedern die Wiederaufnahme ermöglicht wird, wenn die Antragsteller heute die RGO-Politik ablehnen und das Statut des Verbandes anerkennen.

Brühl, Zwickau. Alle Kollegen, die wegen oppositioneller Tätigkeit oder Zugehörigkeit zur RGO aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen wurden, werden im DMV aufgenommen, sofern sie die Bestimmungen des Statuts anerkennen.

Heitstedt-Eisleben. Der Verbandstag wolle beschließen, den am 2. Oktober 1929 durch den Vorstand aus dem DMV ausgeschlossenen und am 13. März 1930 wieder im DMV aufgenommenen Kollegen Paul Köhler, Molmeck, Hauptst. 7, seine Mitgliedschaft vom 9. März 1913 bis zu seinem Ausschuß auf die neue Mitgliedschaft anzurechnen.

Niestky, Christokat u. Gen., Essen. Die in den letzten Jahren gehandhabte krasse Ausschlußpraxis gegen oppositionell eingestellte Kollegen liegt nicht im Interesse der Gesamtheit der Arbeiterklasse und ist deswegen einzustellen. Die Meinungsfreiheit innerhalb des Verbandes wird zunichte gemacht, wenn jeder oppositionellen Regung der organisatorische Anschluß gegenübersetzt wird. Der Verbandstag beschließt die Wiederaufnahme dieser Kollegen und setzt dieselben bei Wiedereintritt in ihre früheren statutarischen Rechte ein.

Ruhle. In den letzten Jahren ist eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband deswegen ausgeschlossen worden, weil sie offen und aktiv die von der Kommunistischen Partei betriebene RGO-Politik innerhalb des Verbandes unterstützten und durchführten.

Viele der ehemaligen Verbandsmitglieder haben durch die praktischen Folgen, zu denen die RGO-Politik geführt hat, die Unmöglichkeit dieser RGO-Politik erkannt und sind bereit, die begangenen Fehler durch eine aktive Mitarbeit innerhalb des Verbandes wieder gutzumachen.

Aus diesem Grunde beschließt der Verbandstag, allen wegen Befolgung der von der KPD und der RGO gegebenen Weisungen, insbesondere all denen, die wegen der Kandidatur auf sogenannten „roten“ Betriebsratslisten ausgeschlossen worden sind, die Möglichkeit zu geben, wieder in den Verband einzutreten, unter der Voraussetzung, daß die Betroffenen die Statuten des Verbandes anerkennen und die Verpflichtung übernehmen, die Kampfdisziplin des Verbandes zu beachten und danach zu handeln.

Schl. Eine Reihe Kollegen wurde aus dem Verband ausgeschlossen, weil sie die Anweisungen ihrer Partei, besonders zu den Betriebsratswahlen, befolgte. Unverkennbar waren darunter gute Funktionäre, die aus falsch verstandener Disziplin ihre Handlungen begangen haben. Allen diesen Kollegen muß die Möglichkeit ihres Wiedereintritts in den Verband gegeben werden. Voraussetzung ist die Anerkennung des Statuts und die Verpflichtung, die Kampfdisziplin des Verbandes zu beachten.

Alle wegen des gesamten Grundes Ausgeschlossenen sind auf ihren Antrag wieder in den Verband anzunehmen.

Recker, Bayreuth. Der Verbandstag beschließt, eine Kommission auf dem Verbandstag zu bilden, die die Ausschüsse oppositioneller Kollegen zwecks Wiederaufnahme in den Verband ernannt prüft und feststellt, ob sie tatsächlich verbands-schädigend gewirkt haben.

Herrmannsdörfer u. Landgraf, Nürnberg. Der Verbandstag beschließt: Alle ausgeschlossenen Kollegen des DMV (Kandidatur auf roten Betriebsratslisten usw.), deren Ausschluß nicht wegen Streikbruch, Unterschlagung, Denunziation oder ähnlicher dritter Handlungen erfolgte, werden bei Anerkennung des Verbandstatuts und der Einhaltung der Kampfdisziplin wieder aufgenommen.

W. Maack u. Gen., Leipzig. Ingeordnet nach Christokat u. Gen., Essen, und G. Schmidt u. Gen., Geseberg. Der Verbandstag beschließt: Alle Kollegen, die wegen ihrer politischen und oppositionellen Einstellung ausgeschlossen worden sind, sind mit ihren alten Rechten wieder anzunehmen.

Flensburg. Die im Dezember 1919 und im Januar 1920 übergetretenen Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes werden in betreff Rechte und Pflichten genau so behandelt, wie es bei geschlossenen Übertritten von anderen Organisationen zu uns geschieht.

Sonstige Anträge zu Punkt 2 der Tagesordnung

Freiburg i. Schles. Der Verbandstag wolle beschließen, die Vertreter des DMV im Reichstag zu beauftragen, alles zu tun, um die geschlossenen Betriebe der Uhren- und Textilindustrie in Freiburg in Schlesien wieder zu öffnen. Gleichviel auf welchem Wege die Betriebe eröffnet werden, sind den Arbeitern und Arbeiterinnen die geltenden Tariflöhne zu zahlen.

Limburg a. d. Lahn. Der Verbandstag des DMV beauftragt den Vorstand, mit der Sozialdemokratischen Partei dafür zu wirken, daß sämtliche Staats- und Kommunalbeamte, welche gegen den Staat und seine Einrichtungen arbeiten, aus ihren Stellungen beseitigt werden. Wer gegen den Staat ist, kann nicht von ihm Gehälter verlangen.

Urbach. Infolge der heute sehr stark vorhandenen Kurzarbeit ist ein großer Teil der Arbeitnehmer nur noch vier oder fünf Tage die Woche beschäftigt. Diejenigen Arbeitnehmer, die nun ihre Arbeitsstelle aus den Industrieorten mit der Eisenbahn erreichen müssen, sind dadurch nun finanziell geschädigt, daß sie, obwohl sie nur, wie oben angeführt, vier oder fünf Tage arbeiten, sich eine volle Arbeiterwochenkarte lösen müssen. Der Verbandstag beauftragt deshalb den Vorstand des DMV, daß er in Verbindung mit dem ADGB bei der Regierung vorstellig wird, damit auch für diese Arbeitszeiten eine Kurzarbeiterwochenkarte eingeführt wird.

Unfallverhütung an Pressen

Trotzdem heute vieles besser geworden ist und umfangreiche Schutzmaßnahmen angebracht sind, ist die Zahl der jährlichen Unfälle noch sehr hoch. Unfallstatistiken beweisen, daß von allen Metallbearbeitungsmaschinen die Exzenter- und Friktionspressen, Stanzen und maschinelle Scheren die größten Opfer fordern. Es sind in letzter Zeit an diesen Maschinen beachtenswerte Sicherheitsvorrichtungen angebracht worden, die es ermöglichen, Blinde an solchen Pressen zu beschäftigen.

Da meist Fingerverletzungen vorkamen, wurden sogenannte Fingerabweiser angebracht. Diese schieben die Hand selbsttätig beim Niedergang des Stempels aus der Gefahrenzone heraus. Durch Bekleiden des Abweisers mit Leder und Federgelenke geschieht dieses Herauschieben sanft und weich. Die Konstruktion besteht aus zwei Zylindern, von denen der eine am Maschinengestell befestigt, der andere mit Spiralfeder und Schwenkarm versehen drehbar angeordnet ist. Am Stößel der Presse ist ein Bolzen mit Führungsnase befestigt, der den beweglichen Zylinder mit Hilfe von Nut und Nase beim Niedergang in drehende Bewegung versetzt.

Eine andere Schutzkonstruktion will die Finger dadurch schützen, daß der Arbeiter beim Einrücken des Stößels beide Hände benutzen muß. Diese Zweihandeinrückung muß bequem bedient werden können, die Griffe und Knöpfe sind aber weit genug vom Stempel anzuordnen. Ebenso müssen die Federn so angebracht sein, daß ein selbsttätiges Einrücken bei Bruch unmöglich ist. Eine weitere Bauart verwendet Sicherheitskupplungen, die den Stößel nach jedem Hub stillsetzen, unabhängig von der Stellung des Einrückfußtrittes. Beim weiteren Niedergang des Stößels muß erst der Fußtritt freigegeben und alsdann von neuem heruntergedrückt werden. Die Gefährdung des Arbeiters durch ungewolltes Einrücken ist bei Aufmerksamkeit vermindert. Ganz werden auch hierdurch die Unfälle nicht beseitigt, da bei dem heutigen Arbeitstempo ein gleichmäßiges Einrücken nach Einführung der Arbeitstücke unter dem Stempel nicht mehr möglich ist. Will der Arbeiter etwas verdienen, dann muß die Maschine voll ausgenutzt und die Leerlaufzeiten verkürzt werden. Der Arbeiter gibt den Fußtritt sofort frei und drückt gleichzeitig beim Einschleiben eines zweiten Bleches den Fußtritt herunter, so daß er auch hier die Finger erst dann wegnimmt, wenn sie unmittelbar gefährdet sind.

Um diese vielen Unglücksfälle beim Einführen eines neuen Arbeitstückes zu vermeiden, wird versucht, diesen Vorgang mechanisch auszuführen. Es gelang verschiedene Ausführungen an Pressen anzubringen. Hier wurde auch vom Unternehmer kein Widerstand entgegengebracht, da gleichzeitig damit eine wesentliche Leistungssteigerung erzielt wurde.

Trotz aller Verbesserungen kommen an Pressen und Stanzen auch heute noch viele Unfälle vor. Aus den Berichten der Berufsgenossenschaften ist zu ersehen, daß fast 23 vH aller Unfälle an Maschinen auf obige Gattung entfallen. Es ist also Pflicht, daß auf diesem Gebiet Arbeiter und Konstrukteure enger zusammenarbeiten und außerdem der Konstrukteur aus jedem Unfall auch etwas lernt. Ing. Willi Guschel.

SCHRIFTENSCHAU

In der Steppe und andere Erzählungen von Maxim Gorki. Preis kart. 3 M., in Leinen geb. 5 M. Malik-Verlag, Berlin W 50. — Die eigenartige Melancholie, die fast aus allen russischen Liedern klingt, spricht auch aus den Erzählungen des russischen Dichters Gorki. Eine seltsame Schwermut spricht aus seinen Worten: „Ach, Fremd, ich liebe das Landstreicherleben. Frieden und Isolation muß man, aber frei ist man... Schön ist das... Geklungert hab ich in diesen Tagen, und wütend bin ich gewesen... und jetzt hege ich da und schau in den Himmel. Die Sterne blinken mir zu, als wollten sie sagen: Macht nichts, wandle nur weiter auf Erden, laß Dich nichts anfechten! Sehr schön ist das gesagt. Gorki legt keinerlei Tendenz in seine

Kollegen! Besitzt die **ENERGIE** Elektriker- und Radioschule

Wriezen. Die Wahlzeiten zum Verbandstag oder den Berufskonferenzen werden für Verwaltungsstellen bis zu 100 Mitgliedern um die Hälfte der Zeit gekürzt.

Christokat u. Gen., Essen. Die Mitglieder des DMV erheben gegen die Versuche, die Kampfeinheit der Metallarbeiter zu verhindern und durch Verschmelzung mit den offenen reaktionären christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften den Klassencharakter der Gewerkschaften völlig zu liquidieren und noch mehr an den kapitalistischen Staat auszuliefern, flammenden Protest. Der Verbandstag lehnt deshalb jede Verschmelzung mit den Christen und Hirschen ab.

F. Sommer u. Gen., Harburg. Zur Minderung der Finanzschwierigkeiten im Verband ist die Schule in Dürrenberg aufzuheben.

Joh. Höser, München. Nach Umrechnung meiner Beitragsleistung kann ich erst ab Januar 1934 in den Genuß der Invalidenunterstützung kommen. Wohl weiß ich, daß auch für mich die Satzungen nicht umgangen werden können, doch hoffe ich, daß ähnlich gelagerte Fälle nicht allzuviel zu verzeichnen sind und es dem Verbandsrat möglich wäre, uns alten Leuten in dieser eminent schweren Zeit durch eine freiwillige Unterstützung behilflich zu sein.

Im Fabrikarbeiter-Verband, dem ich von 1891 bis 1921 angehörte, hätte ich schon ab 1. 1. 1930 eine monatliche Unterstützung von 15 M bekommen. Das mag ja nun kein Maßstab sein, aber da ich bereits 77 Jahre alt bin und auch 41 Jahre unserer Bewegung die Treue gehalten habe, bitte ich den Verbandstag, den Vorstand zu ermächtigen, mir die Invalidenunterstützung bereits jetzt schon zu genehmigen.

Zwickau. In den Ortsverwaltungen, Bezirksleitungen und dem Vorstand des DMV werden Arbeitslosenkommissionen geschaffen, in denen die Arbeitslosen ihre besondere Vertretung finden. Den erwerbslosen Kollegen muß in allen Körperschaften des Verbandes, einschließlich der Vertreter- und Vertrauensmännerversammlungen, ihre besondere Vertretung ermöglicht werden. (Fortsetzung folgt.)

Dichtungen, er redet knapp und gerade. Seine Aufzeichnungen sind sachlich. Er sieht die Dinge, wie sie sind, aber in ihm ist die große Hoffnung, daß es besser wird. Seine Ausdrucksweise ist schlicht und einfach. Ruco.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat einige für Hausfrauen recht nützliche Schriften als Hefte des Hauswirtschaftlichen Lehrdienstes herausgebracht, die bei dem Reichskuratorium für je 0,50 M zu haben sind. Eine Schrift befaßt sich mit dem häuslichen Krieg gegen Staub und Schmutz, die andre mit wirtschaftlicher Fußbodenpflege, die dritte mit der Auswahl und Schulung des Siedlers, weicht letztere besonders jetzt recht aktuell ist.

Der Neuaufbau des deutschen Kreditsystems, von Dr. H. Rittershausen. Verlag Georg Stilke, Berlin NW 7. Preis 2,80 M, 184 Seiten. In dem Buche werden die Fehler des deutschen Kreditsystems und seine Verbesserung eingehend besprochen.

Eigene Baumwoll-Spinnerei

Spinnereien / Webereien / Ausrüstung / Versand
(4000 Arbeiter und Angestellte.)

Jetzt grosse Fabrikreste

und sonstige zurückgesetzte Stoffe nach Gewicht

- nr. 1 Weiße Stoffe, große Stücke, per Pfund ... 95 %
- nr. 2 Ungelackte Tücher, gr. Stücke, per Pfund ... 90 %
- nr. 3 Bandenflanellen, große Stücke, per Pfund ... 98 %
- nr. 4 Stoffe für Schürzen, Kleider und sonstige Wäsche Stoffe sortiert, große Stücke, per Pfund ... 125 %

Abgabe von jeder Nummer 5 Pfund oder 6 Pfund oder 10 Pfund.

- nr. 5 Weisses Hemdentuch, 80 cm breit, besonders feine, gute, mittelhartfällige, hochwertige, tragfähige Qualität. Diese vorzügliche Sorte ist ohne Spitzen hergestellt, weshalb sie in der Höhe fast leichter und billiger wird. Stückpreis pro Meter 27 %

Abgabe hier von bis 100 Meter an einem Stund.

Keine Garantie: Wir haften für die Qualität jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurücknahme bei allen angedeuteten Mängeln.

Besand erfolgt per Nachnahme von RM 12,- an; ab RM 20,- per Postkarte.

Josef Witt, Weiden 84 (Ost.)

Geprüft Schwarz-Blau-Grün-Blau-Weiß bei der M. in Gruppe mit eigenen Spinnereien, mit eigenen Webereischiffen und eigener Webstuhlwerk.